01 Köhler 31.01.2017 21:53 Uhr Seite 11

Tobias Köhler:

Der Wiener Frieden von 1864 in der schleswig-holsteinischen Presse

Der Friedensvertrag, der am 30. Oktober 1864 in Wien von den kriegführenden Mächten Preußen, Österreich und Dänemark unterzeichnet wurde, beendete nicht nur den Deutsch-Dänischen Krieg, sondern zog auch einen Schlussstrich unter die jahrhundertelang bestehende staatsrechtliche Verbindung Schleswigs und Holsteins mit Dänemark. So legte der „Wiener Frieden von 1864“[1] fest, dass die drei Herzogtümer Schleswig, Holstein und Lauenburg mit ihren rund 1 000 000 Einwohnern aus dem dänischen Staatsverband herausgelöst werden sollten. Der dänische Gesamtstaat verlor durch diese Bestimmung rund ein Drittel seiner Bevölkerung.[2] Obwohl davon auszugehen ist, dass dieser Vertrag, der so einschneidend in das Leben der Schleswig-Holsteiner eingriff, in der Öffentlichkeit kontrovers diskutiert wurde, lässt sich nur noch schwer rekonstruieren, wie die Haltung der Bevölkerung zum Wiener Frieden aussah. Um zumindest einen Einblick in die öffentliche Wahrnehmung der Vertragsbestimmungen zu bekommen, soll in der Folge die Berichterstattung zeitgenössischer schleswig-holsteinischer Presseorgane zu diesem Thema untersucht werden. So hatten Zeitungen als zentrales Medium der damaligen Zeit einen nicht unerheblichen Einfluss auf die öffentliche Meinung.

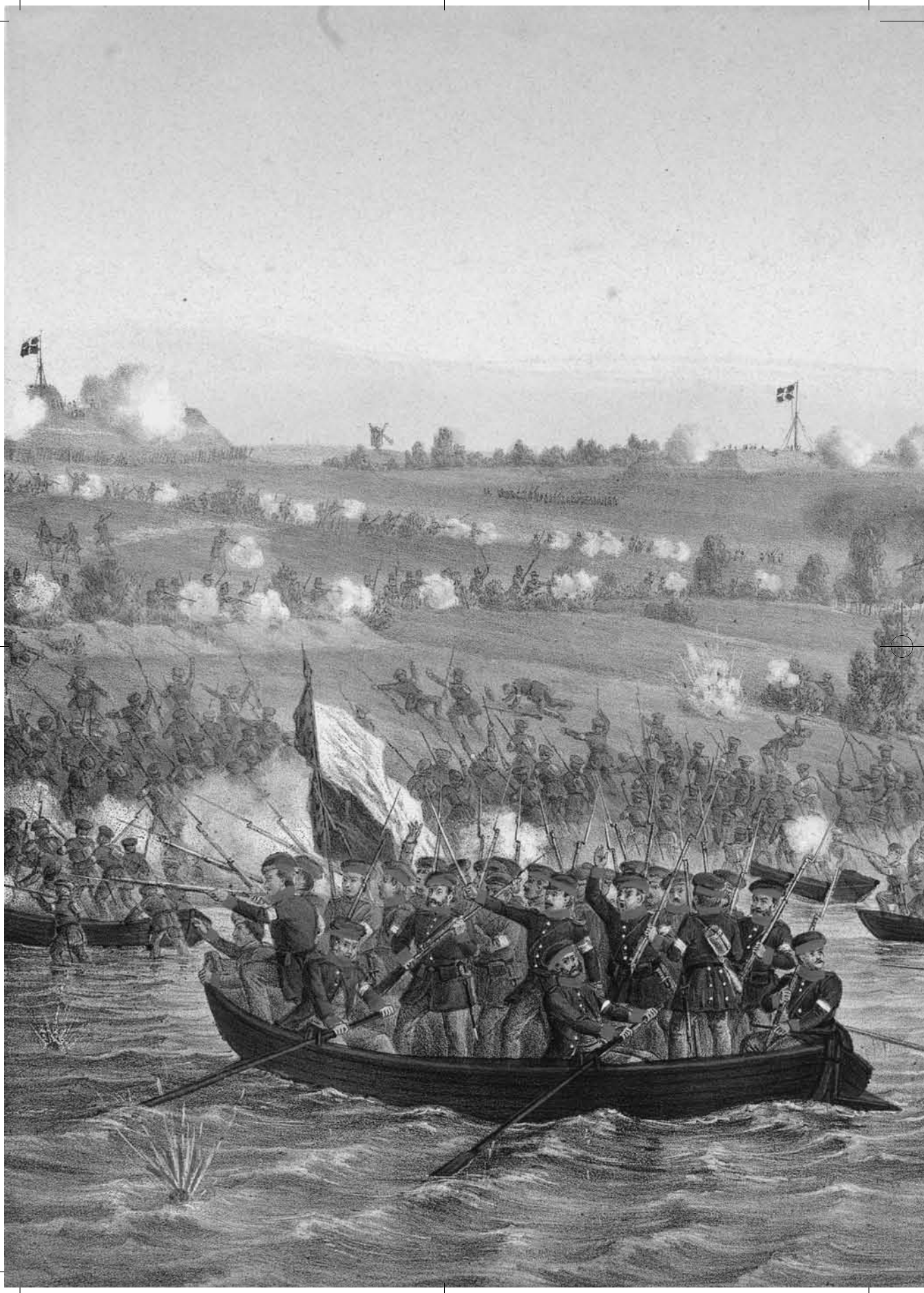
Die ersten schleswig-holsteinischen Zeitungen waren in der Mitte des 17. Jahrhunderts in der näheren Umgebung der Stadt Hamburg, welche als Hafenstadt und Nachrichtenbörse beste Bedingungen für die Ansiedlung von Presseunternehmen bot, gegründet worden.[3] Von dieser Keimzelle ausgehend, kam es in den folgenden Jahrzehnten im ganzen Land zu Zeitungsgründungen. Obwohl man für das Herzogtum Schleswig erst spät von der Existenz einer relevanten Presselandschaft sprechen kann, wiesen schon um 1830 sämtliche bedeutende Ortschaften der Herzogtümer eine eigene Zeitung auf.[4] Diese Entwicklung war nicht zuletzt durch die zahlreichen technischen Neuerungen des frühen 19. Jahrhunderts möglich geworden. In diesem Zusammenhang sei etwa auf die Entwicklung neuer und schnellerer Drucktechniken oder die Verkürzung der Kommunikationswege durch Telegraphen und Eisenbahn verwiesen.[5] Mit dem technischen Fortschritt ging aber auch eine zunehmende Politisierung der Presse einher. Denn obwohl ihnen per Konzession jedwede politische Berichterstattung untersagt worden war, gingen immer mehr Blätter in den ersten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts dazu über, auch Artikel politischen Inhalts in ihre Spalten aufzunehmen. Nicht nur in den Herzogtümern wurde die Zeitung in dieser Zeit endgültig zum Massenmedium, welches nicht mehr nur Nachrichten brachte, sondern, das politische Tagesgeschehen kommentierend und bewertend, den Leser von den eigenen Ansichten zu überzeugen suchte.[6] Obwohl diese Entwicklung durch die Niederschlagung der Schleswig-Holsteinischen Erhebung im Jahr 1851 und die damit verbundene Zurückhaltung

1 Anmerkung: Unter diesem Oberbegriff soll in der Folge die Zusammenfassung des eigentlichen Friedensvertrags vom 30. Oktober 1864 und des Präliminarvertrags vom 1. August 1864 verstanden werden.
2 Vgl. Vogel (1995), S. 67.
3 Vgl. Haese/Prawitt-Haese (1994), S. 15.
4 Vgl. ebd., S. 15.
5 Vgl. Dussel (2004), S. 59.
6 Vgl. Christian (2010), S. 22.

Folgende Seiten:
Die Eroberung von Alsen am 29. Juni 1864; die Preußen setzten über den Alsensund.

(Soweit nicht anders vermerkt, wurden die Abbildungen in diesem Beitrag von der Schleswig-Holsteinischen Landesbibliothek zur Verfügung gestellt, der wir dafür herzlich danken.)

01 Köhler 31.01.2017 21:53 Uhr Seite 12



01 Köhler 31.01.2017 21:53 Uhr Seite 13

01 Köhler 31.01.2017 21:53 Uhr Seite 14

Rechte Seite:
Christian IX. (1818-1906), König von Dänemark

vieler Redaktionen ihr vorläufiges Ende gefunden hatte, waren die Presseorgane der Herzogtümer im Jahr 1864 erneut politisch hoch aktiv.[7] So entstanden im Laufe dieses Jahres vier Tageszeitungen, die die öffentliche Meinung in den Herzogtümern für längere Zeit entscheidend mitprägen sollten und mit ihren politischen Ansichten auch die zahlreichen kleineren Wochenblätter massiv beeinflussten. In Holstein waren dies die *Schleswig-Holsteinische Zeitung* und die *Kieler Zeitung* und im Herzogtum Schleswig neben den *Schleswiger Nachrichten* die *Flensburger Norddeutsche Zeitung*.[8]

Der Deutsch-Dänische Krieg und der Wiener Frieden – Eine Skizze. Um die politische Haltung dieser vier Presseorgane und ihre jeweilige Beurteilung der Friedensbestimmungen vollständig verstehen zu können, ist es unabdingbar, sie in den historischen Kontext einzuordnen. Zu diesem Zweck soll folgend in aller Kürze auf die Vorgeschichte des „Wiener Friedens“ eingegangen werden, welche nicht erst mit dem Einmarsch der späteren Vertragsparteien, Preußen und Österreich, in die Herzogtümer begann. Denn schon in den letzten Monaten des Jahres 1863 setzte sich in Dänemark eine Entwicklung in Gang, die für den Gesamtstaat ungeahnte Folgen haben sollte. So war zu Beginn der 1860er Jahre die Partei der Eiderdänen, die schon 1848 für einen dänischen Nationalstaat bis zur Eider eingetreten war, erneut an die Macht gekommen. Ihr Ziel war es, die beiden deutschen Herzogtümer Holstein und Lauenburg aus dem dänischen Staatsverband auszugliedern und das gemischtsprachige Herzogtum Schleswig in einem dänischen Nationalstaat aufgehen zulassen.[9] Dieses Vorhaben stand in krassem Gegensatz zu den Londoner Protokollen von 1852, in welchen nach dem Ende der Schleswig-Holsteinischen Erhebung die zukünftige Gestaltung des Gesamtstaates mit den europäischen Großmächten vertraglich vereinbart worden war. Neben der Bestimmung, dass Schleswig und Holstein niemals getrennt werden sollten, war in den Londoner Protokollen auch die dänische Thronfolge geklärt worden. So war angesichts der Tatsache, dass der regierende König Friedrich VII. kinderlos und auch letzter Vertreter der Hauptlinie des königlichen Hauses war, vereinbart worden, im Falle seines Ablebens dessen Neffen als König von Dänemark sowie als Herzog von Schleswig und Holstein zu inthronisieren.[10] Gegen eben diese vertraglichen Regelungen verstieß nun die dänische Regierung, als sie am 13. November 1863 die gemeinsame „Novemberverfassung“ für Dänemark und Schleswig vom Parlament genehmigen ließ, welche das Ausscheiden der beiden südlichen Herzogtümer aus dem Gesamtstaat implizierte. Lediglich die Unterschrift des Königs fehlte noch zu ihrer Rechtswirksamkeit. Bevor er jedoch die neue Verfassung unterzeichnen konnte, verstarb Friedrich VII. völlig überraschend. Es lag nun allein in den Händen seines frischgebackenen Nachfolgers Christian IX., die Weichen für die Zukunft des dänischen Gesamtstaates zu stellen.

Just in dieser ohnehin schwierigen Situation trat aber noch ein weiterer Prätendent auf den Herzogsthron hervor, der Erbprinz

7 Vgl. Jürgensen (1977), S. 51.
8 Vgl. Busch (1865b), S. 49ff. (Auflagezahlen: SHZ: 3-4000, FNDZ: 2000, KZ: 1000, SN: 5-600).
9 Vgl. Stolz (2010), S. 14.
10 Vgl. Daebel (1969), S. 48.

01 Köhler 31.01.2017 21:53 Uhr Seite 15

01 Köhler 31.01.2017 21:53 Uhr Seite 16

Rechte Seite:
Friedrich VIII. (1829-1880) Herzog von Schleswig-Holstein-Sonderburg-Augustenburg

Friedrich aus der Nebenlinie Schleswig-Holstein-Sonderburg-Augustenburg. Zwar war dessen Vater infolge seiner Beteiligung an der Schleswig-Holsteinischen Erhebung verbannt worden und hatte auf sämtliche Erbrechte verzichten müssen, doch sah Friedrich diese Verzichterklärung nicht als bindend für seine Person an und vertrat die Ansicht, dass das Haus Augustenburg berechtigtere Ansprüche auf die Herzogtümer besäße als Christian IX.[11] In einer noch am 16. November 1863 in den Herzogtümern verbreiteten Proklamation verkündete der Augustenburger seinen Regierungsantritt als Herzog Friedrich VIII. von Schleswig und Holstein. Zudem gelobte er das Staatsgrundgesetz, die schleswig-holsteinische Verfassung von 1848 zu achten und stellte damit seine zukünftige Regentschaft auf ein liberal-konstitutionelles Fundament.[12] Mehr noch als von der Proklamation des Erbprinzen und seinen Thronansprüchen waren die ersten Tage der Regierung des neuen dänischen Königs Christian IX. jedoch von der Frage nach der Unterzeichnung der Novemberverfassung geprägt. Während eine Weigerung angesichts der aufgeheizten nationalen Stimmung in Dänemark Aufruhr und den Verlust seines Throns bedeuten konnte, würde die Unterzeichnung zweifellos zu einem Eingreifen seitens des Deutschen Bundes führen und große Erregung in den Herzogtümern verursachen.

Trotz dieser wenig verlockenden Aussichten entschied er sich schließlich zur Unterzeichnung der Verfassung.[13] Diese Entscheidung sollte dazu führen, dass einen Monat später im Rahmen einer Bundesexekution sächsische und hannoversche Truppen den südlichen Teil der Herzogtümer besetzten. Demgegenüber schien ein Eingreifen der beiden deutschen Großmächte Österreich und Preußen auszubleiben, da sie schon zuvor erklärt hatten, sich auf den Boden der von ihnen mitunterzeichneten Londoner Protokolle zu stellen. Diese Passivität führte dazu, dass sich selbst solche Schleswig-Holsteiner, die die Hoffnung auf eine „Befreiung“ von Dänemark allein auf Preußen gerichtet hatten, sich zunehmend mit den Thronansprüchen des Augustenburgers arrangierten.[14] Hierzu zählten auch die Mitglieder des holsteinischen Zweiges des Deutschen Nationalvereins, die sich die Einigung Deutschlands im Rahmen einer kleindeutschen Lösung unter preußischer Hegemonie mit Einbeziehung der Herzogtümer auf ihre Fahnen geschrieben hatten.[15] Insbesondere durch ihre Unterstützung wurde der zuvor im Land noch nahezu unbekannte Erbprinz zu einer Identifikationsfigur, hinter der sich die Bevölkerung Schleswig-Holsteins versammelte.[16] Durch die enge Verknüpfung von fürstlichem Erbrecht und schleswig-holsteinischem Selbstbestimmungsrecht war es möglich, dass sich selbst entschiedene Legitimisten mit demokratisch gesinnten Liberalen gemeinsam unter seinem Banner versammeln konnten. Während für die einen Volksmeinung und das Staatsgrundgesetz an erster Stelle standen, war für die anderen das legitimistische Prinzip zentraler Anknüpfungspunkt.[17] So wurde der Erbprinz bei seiner Ankunft in Holstein am 30. Dezember 1863 auch mit stürmischer Begeisterung begrüßt. Da das Herzogtum jedoch seit dem Beginn der Bundesexe-

11 Vgl. Jürgensen (1998), S. 132.
12 Vgl. Wolf (1999), S. 27.
13 Vgl. Stolz (2010), S. 17.
14 Vgl. Zimmermann (1993), S. 13.
15 Vgl. Tiedemann (1905), S. 223.
16 Vgl. Daebel (1969), S. 199.
17 Vgl. Christian (2010), S. 26.

01 Köhler 31.01.2017 21:53 Uhr Seite 17

01 Köhler 31.01.2017 21:53 Uhr Seite 18

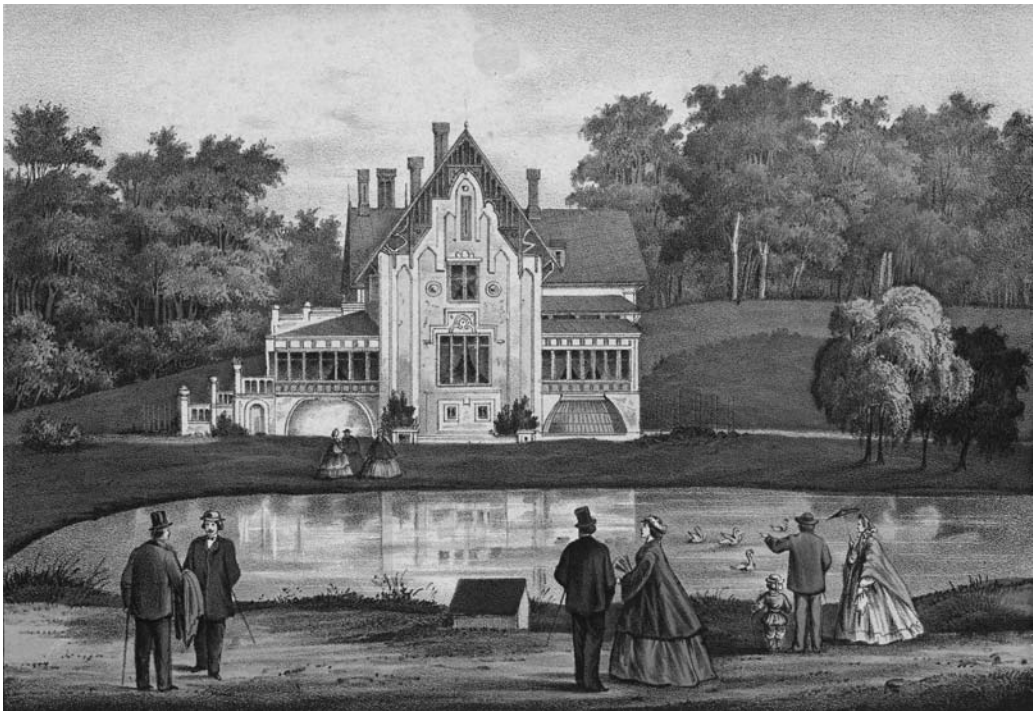
THE SCHLESWIG-HOLSTEIN DIFFICULTY.

TRIUMPHAL ENTRY OF PRINCE FREDERICK OF AUGUSTENBURG INTO KIEL, HOLSTEIN.

TORCHLIGHT WELCOME TO PRINCE FREDERICK BY THE CITIZENS OF KIEL IN FRONT OF THE RAILWAY HOTEL.—SEE PAGE 66.

799 50

01 Köhler 31.01.2017 21:53 Uhr Seite 19



kution von zwei Bundeskommissaren verwaltet wurde, sah er sich dazu gezwungen, seinen Aufenthalt in Kiel vom ersten Tag an im Status eines „Privatmannes“ und nicht eines „Herzogs“ zu verleben. Denn obwohl der Augustenburger schon große Teile der Bevölkerung hinter sich wusste, konnte er sich nicht gegen die Kommissare des Deutschen Bundes stellen, von dem er sich die Anerkennung seiner Erbansprüche erhoffte. Hatte mancher Schleswig-Holsteiner auf ein energisches Vorgehen Friedrichs gehofft, so sah er sich getäuscht.[18] Die Rolle des Augustenburgers wurde schließlich auch durch das militärische Eingreifen Wiens und Berlins im Frühjahr 1864 geschwächt. So waren die beiden Großmächte und insbesondere Preußen nicht aus reiner Zuneigung zu den Schleswig-Holsteinern und ihres Thronanwärters in den Krieg gegen Dänemark eingetreten. Stattdessen verfolgten sie ganz eigene Ziele. So lief etwa schon die zentrale schleswig-holsteinische Forderung nach einem eigenständigen Herzogtum den preußischen Interessen ganz entschieden zuwider, da Preußen keinerlei Interesse an der Schaffung eines neuen Mittelstaats haben konnte, welcher im Bundestag möglicherweise die Reihen der Preußengegner verstärken würde.[19] Dieser immer deutlicher zutage tretende Gegensatz sollte letztendlich im Juni 1864 die augustenburgische Bewegung spalten. Doch schon in den ersten Monaten dieses Jahres hatten sich Spannungen innerhalb des schleswig-holsteinischen Lagers angedeutet. Es war vor allem die Tatenlosigkeit des Erbprinzen und seines Beraterstabes in Kiel, welche bei einigen seiner Anhänger für Unmut gesorgt hatte.[20]

Oben:
Privatvilla für Friedrich VIII. in Kiel- Düsternbrook. Nach Holzstich in: Leipziger illustrirte Zeitung Nr. 1191 v. 28.4.1866.

Linke Seite:
The Schleswig-Holstein difficulty. Triumphal entry of Prince Frederick of Augustenburg into Kiel, Holstein. Torchlight Welcome to Prince Frederick by the Citizens of Kiel in front of the Railway Hotel. Holzstich in: The Illustrated London News, Vol. XLIV, No. 1241. 16. Jan. 1864. SHLB: E 616.

18 Vgl. Wulf (2010), S. 198.
19 Vgl. Wolf (1999), S. 34.
20 Vgl. Petersen (2000), S. 25.

01 Köhler 31.01.2017 21:53 Uhr Seite 20

01 Köhler 31.01.2017 21:53 Uhr Seite 21

Linke Seite:
Otto von Bismarck (1815-1898)

Zum eigentlichen Bruch kam es jedoch erst in Folge eines gescheiterten Verhandlungsgesprächs zwischen dem Augustenburger und dem preußischen Ministerpräsidenten Otto von Bismarck in Berlin am 1. Juni 1864. In dieser Unterredung, in der die grundsätzliche Frage nach der Zukunft der Herzogtümer und ihrer Stellung zu Preußen geklärt werden sollte, machte Bismarck seinem Gegenüber frühzeitig klar, dass er keineswegs eine Verhandlung auf Augenhöhe beabsichtigen würde. Er konfrontierte den Erbprinzen mit einer Reihe von Forderungen, die Schleswig-Holstein in sehr starke Abhängigkeit von Preußen bringen würde und machte unmissverständlich deutlich, dass er eine uneingeschränkte Annahme dieser Ansprüche seitens des Augustenburgers erwarte. Friedrich, der sowohl die Stärke seiner Position überschätzte, als auch keine Entscheidung ohne die Zustimmung der schleswig-holsteinischen Landesvertretung treffen wollte, lehnte eine bedingungslose Annahme ab.[21] Daraufhin wurde die Unterredung ergebnislos abgebrochen. Bismarck seinerseits begann nun diese Vorlage des Augustenburgers gegen ihn zu verwenden und endgültig mit dessen Sache zu brechen. Er machte seine Version der Verhandlung rasch publik, welche dankbar von der preußischen Presse aufgegriffen wurde. Durch diesen Schachzug Bismarcks entstand in der deutschen Öffentlichkeit der Eindruck, dass Friedrich sich gegen die berechtigten Forderungen Preußens stelle und ihm seine egoistischen Interessen wichtiger seien als die Einigung Deutschlands.[22] In Schleswig-Holstein führte dies zu einer Spaltung des vormals einigen augustenburgischen Lagers. Teile der Bevölkerung begannen sich vom Erbprinzen abzuwenden und suchten stattdessen die Nähe Preußens, welches durch den Kriegseintritt und den Sieg bei Düppel in ihrer Achtung stark gestiegen war.[23]

Die Zeitungen. Die *Schleswiger Nachrichten* entstanden am 1. Juni 1864 in direkter Nachfolge des *Schleswiger Wochenblattes* von 1789.[24] Während das Wochenblatt von unpolitischen Themen dominiert war, sollte die neue Zeitung den Hunger der Schleswiger Bevölkerung nach politischer Berichterstattung stillen. Dabei wollte das Blatt nicht nur die politischen Nachrichten der großen Tageszeitungen wiedergeben, sondern die Geschehnisse selbstständig kommentieren und seinen Mitbürgern eine Orientierung bieten.[25] Die treibende Kraft hinter dieser Neuausrichtung des vormaligen *Schleswiger Wochenblattes* war der Advokat Joseph Johannsen, welcher die Zeitung im Sommer 1864 als Mitherausgeber und verantwortlicher Redakteur übernahm. Johannsen, der als Anwalt in Itzehoe gearbeitet hatte, war seit der Gründung des holsteinischen Zweiges des Nationalvereins im Jahre 1861 in führender Position als dessen Ausschussmitglied aktiv gewesen.[26] In dieser Funktion hatte er zusammen mit August Römer und anderen Führungspersönlichkeiten des Vereins von Hamburg aus für die Trennung Schleswig-Holsteins von Dänemark propagandistisch gewirkt. Nach dem Schwenk der Nationalvereinsmitglieder auf die Seite des Erbprinzen Friedrich und dem preußisch-österreichischen Übergang über die Eider

21 Vgl. Daebel (1969), S. 203.
22 Vgl. Wolf (1999), S. 164.
23 Vgl. Petersen (2000), S. 53.
24 Christiansen (1973), S. 43.
25 SN, Nr. 1, 01.06.1864.
26 Philippsen (1911), S. 11.

01 Köhler 31.01.2017 21:53 Uhr Seite 22

01 Köhler 31.01.2017 21:53 Uhr Seite 23

01 Köhler 31.01.2017 21:53 Uhr Seite 24

Vorangehende Seiten:
Wilhelm Camphausen: Erstürmung der Düppeler Schanze II. durch das 25. Rgt. Brandenburger. Nach dem verschollenen Gemälde angefertigte Lithographie, 46 x 69 cm. – SHLB: 4741

Rechte Seite:
Titelseite der Schleswiger Nachrichten vom 1. Juni 1864

erwarb er, der von der Wirksamkeit der Presse als Propagandamittel überzeugt war, in der Stadt Schleswig die Teilhabe an dem dortigen Wochenblatt und wurde dessen verantwortlicher Redakteur.[27] Johannsen hoffte auf diese Weise seine politischen Ansichten in der Öffentlichkeit bekanntmachen und verbreiten zu können, um auch im Norden die Bevölkerung ins Lager des Augustenburgers zu ziehen. So sah er in der Zeitung, die er in *Schleswiger Nachrichten* umbenannte, in erster Linie kein wirtschaftliches Unternehmen, sondern ein Instrument zur Realisierung seiner politischen Vorstellungen über die Zukunft Schleswig-Holsteins.[28] Es war daher wenig verwunderlich, dass sich die Spaltung des augustenburgischen Lagers, die parallel mit dem Ersterscheinen der *Schleswiger Nachrichten* stattfand, auch deutlich in ihren Spalten wiederfand. Johannsen, der trotz seiner Unterstützung der Erbansprüche des Erbprinzen Friedrich stets davon überzeugt gewesen war, dass ein endgültig deutsches Schleswig-Holstein nur erlangt werden könne, wenn sich die Herzogtümer uneingeschränkt an Preußen annähern würden, vertrat diese Ansicht auch unzweideutig in seiner Zeitung. Schließlich war er allein für die politische Ausrichtung der *Schleswiger Nachrichten* verantwortlich.[29] So betonten diese in einer Neuauflage ihres Programms nach dem gescheiterten Gespräch zwischen dem Augustenburger und dem preußischen Ministerpräsidenten dann auch, dass sie „*die engste Beziehung zu Preußen* […] *für eine conditio sine qua non von der glücklichen Durchführung unserer Sache*“ halten.[30] Nachdem der Bruch mit der augustenburgischen Bewegung bald darauf endgültig vollzogen war, traten Johannsen und seine Redaktion in der Folge noch entschiedener für die preußischen Ansprüche ein.

Eine ähnliche politische Ausrichtung wie die *Schleswiger Nachrichten* hatte die im Frühjahr 1864 gegründete *Flensburger Norddeutsche Zeitung*, die ganz im Zeichen ihres Chefredakteurs August Römer stand.[31] Als einer der Führer des holsteinischen Zweiges des Nationalvereins war er eng mit der augustenburgischen Propagandatätigkeit in Holstein verbunden gewesen und hatte den Vormarsch der österreichisch-preußischen Truppen genutzt, um auch im nördlichen Herzogtum in diesem Sinne tätig zu werden. Den Grund, warum August Römer trotz seines starken politischen Interesses nicht unmittelbar in der schleswig-holsteinischen Öffentlichkeit für die Sache des Augustenburgers wirkte, sondern stattdessen durch eine Zeitung, sah sein Gesinnungsfreund Tiedemann im Naturell Römers: „*Er, der in wunderbarer Weise die deutsche Sprache beherrschte, sobald er die Feder zur Hand nahm, wurde befangen und unsicher, wenn er in größerer Versammlung reden sollte; er sprach dann stockend und in angerissenen Sätzen.*“[32] Durch die Flensburger Zeitung konnte er jedoch uneingeschränkt seine Gedankengänge ausführen und versuchen, die Leser in seinem Sinne zu beeinflussen. Wie die anderen holsteinischen Nationalvereinsmitglieder traten er und seine Zeitung dabei im Einklang mit der Mehrheit der schleswig-holsteinischen Bevölkerung und Presse für die Thronansprüche

27 Vgl. Klatt (1967), S. 58.
28 Vgl. Schleswiger Nachrichten (1987), S. 5.
29 Vgl. Phlippsen (1911), S. 11.
30 SN, Nr. 3, 08.06.1864.
31 Vgl. Rautenberg (1934), S. 260.
32 Tiedemann (1905), S. 249.

01 Köhler 31.01.2017 21:53 Uhr Seite 25

Schleswiger Nachrichten

und

Intelligenz- Blatt.

№ 1. Mittwoch, den 1. Juni. 1864.

Dieses Blatt erscheint zweimal wöchentlich, am Mittwoch und Sonntag Vormittags. Abonnementspreis vierteljährlich hier am Orte frei in's Haus 1 ℛ 6 β, für Postabonnenten ohne Postaufschlag 1 ℛ 4 β S.-H. Crt. — Bekanntmachungen, Abonnementsbestellungen und Annoncen — Preis bis weiter 1 β pr. gewöhnliche Zeile oder deren Raum — sind abzugeben in der **Expedition, 7. Art. № 145 b**, Einsendungen für die Redaction im **Redactions-Büreau, Kornmarkt № 7.**

Für den Monat Juni ist ein besonderes Abonnement eröffnet. Preis excl. Postaufschlag 8 β Schl.-H. Crt.

An die Leser!

Wie Bücher mit einem Vorwort, so pflegen neue Zeitungen mit ihrer „Aufgabe" zu beginnen. Bei den „Schleswiger Nachrichten" wagen wir das kaum zu thun; die Aufgabe fassen wir zwar nicht zu gering, aber die Leistungen werden jedenfalls im Anfang weit dahinter zurückbleiben; da schweigen wir gern von unserer Aufgabe, damit nicht die Mängel gar zu widerwärtig hervortreten; kreisende Berge, deren Mäuse entspringen, gehören gewiß zu den fatalsten Erscheinungen. Wir schreiben daher dies Vorwort mehr, um die Erwartungen herabzustimmen, als sie zu erhöhen; nur wenn die Leistungen einigermaaßen den Erwartungen entsprechen, kann ja ein Blatt auf freundliche Aufnahme rechnen.

Schon das geschäftliche Bedürfniß der Bekanntmachungen und Annoncen hier am Orte machte in dieser Zeit des gesteigerten Lebens ein häufigeres Erscheinen des Blattes nothwendig. Dieser Grund für die Veränderung des bisherigen Intelligenzblattes ist sehr prosaisch, aber er ist nun einmal sehr mitwirkend gewesen. Durch ein zweimaliges Erscheinen wird diesem Bedürfniß vorläufig vollständig abgeholfen sein; freilich dafür hätte ein reines Anzeigeblatt auch genügt. Die gegenwärtige Zeit erforderte aber ebenso unabweislich eine ganz neue Gestaltung des Inhalts. In einer Zeit, wo jeder Mann je in seinem Kreise und nach seinen Kräften am politischen Leben Theil nehmen soll, wo die Erreichung des längst ersehnten Zieles für unser engeres Vaterland von der patriotischen Hingabe Aller abhängig ist, da muß auch die Presse in jeder Gestalt diesem Ziele dienen. Das Verlangen, daß in einer Stadt von der Größe und Bedeutung Schleswigs dem Anzeigeblatt ein politischer Theil vorangehe, war gewiß berechtigt. So weit das thunlich ist, soll dies Verlangen in den „Schleswiger Nachrichten" befriedigt werden. — Zwar kann ein Blatt, welches nur zweimal wöchentlich erscheint, unmöglich einem entwickelten politischen Bedürfniß und selbst nicht einmal dem gewöhnlichsten Neuigkeitsdrang genügen. Nur in zusammenfassenden Uebersichten können wir die politischen Ereignisse berühren und zur richtigen Beurtheilung der Sachlage einen Beitrag leisten; mit Tageblättern beabsichtigen wir keine unmögliche Concurrenz; ein Localblatt hat aber vielfach eine solche gar nicht zu bestehen, und sollten uns orientirende und raisonnirende Artikel gelingen, so werden dieselben auch neben Tageblättern lesbar sein. Wenn wir dabei unsere Tendenz noch zu äußern nöthig haben, so ist es natürlich die Durchführung des vollen Rechts und die Befriedigung der deutschen Interessen Schleswig-Holsteins und umgekehrt der Interessen Deutschlands in und an Schleswig-Holstein, wofür wir zu unserem bescheidenen Theile mitarbeiten wollen. Die vollständige Trennung von Dänemark, wie sie seit dem 15. November v. J. rechtlich besteht und thatsächlich durch die Befreiung Schleswigs durch die verbündete deutsche Armee hergestellt ist, bildet die Voraussetzung und das Ziel unserer Thätigkeit.

Wenn der Natur der Sache nach in diesen Stücken das Blatt nur sehr gemäßigten Ansprüchen gerecht werden kann, so wird es localen Zwecken und Angelegenheiten schon mit mehr Erfolg dienen. Nach einer fünfzehnjährigen dänischen Gewaltherrschaft ist gewiß das Bedürfniß groß, die localen öffentlichen Angelegenheiten, communale, kirchliche und wirthschaftliche Verhältnisse zu besprechen, da das wieder frei und unumwunden geschehen kann. Noch manche Spuren dänischer Willkühr in Einrichtungen und Uebungen sind zu beseitigen, damit wir wieder Alles nach eigener deutscher Art eingerichtet haben. Wenn es nicht möglich sein wird, hier absolut zu dem früher Dagewesenen zurückzugreifen, weil das mit dem Fortschritt der Zeit nicht verträglich ist, so ist doch deutsche Art, statt dänischer Willkühr hierin herzustellen. In den Fragen innerer Entwickelung wird Schleswig-Holstein ja jetzt gottlob immermehr an der Entwickelung des gesammten deutschen Lebens Theil nehmen; das ist für uns ein um so größerer Vortheil, weil in Schleswig wie auch in Holstein die ganze innere Entwickelung nach eigener deutscher Art in 15 Jahren vollständig gestockt hat. In diesem Sinn werden die localen Interessen unserer Stadt und der Umgegend, communale, kirchliche und wirthschaftliche Verhältnisse hier besprochen werden. Aber soll auch nur in diesen Dingen die Leistung des Blattes eine befriedigende werden, so ist unbedingt die Theilnahme Aller und die Mitarbeit aller Gebildeten erforderlich; ohne diese active Theilnahme wird das Blatt auch in dieser Richtung nur sehr dürftig, mittelmäßig und einseitig ausfallen können. Je lauter und dringlicher das Verlangen nach einem erweiterten Localblatt hervorgetreten ist, um so sicherer rechnen wir hierin auf allseitige Unterstützung, um welche wir hiermit ausdrücklich gebeten haben wollen. Natürlich wird das Blatt in allen Stücken auch auf die umliegenden Landdistricte berechnet sein. — Soweit der Raum es gestattet, *) wird auch Unterhaltungslectüre Platz finden.

*) Der Raum für den redactionellen Theil ist gerade in dieser ersten № durch eine ungewöhnliche Zahl von Bekanntmachungen und Annoncen außerordentlich beengt. Aeußere Schwierigkeiten mancher Art verneten das Hinzufügen einer Beilage leider unmöglich. In allen Dingen müssen wir im Anfang um die ganz besondere Nachsicht des Publicums bitten.
D. Red.

Zur Lage.

Die verabredete Zeit der Waffenruhe ist reichlich zur Hälfte verflossen ohne daß ein längerer Waffenstillstand, oder auch nur die Fortsetzung des jetzigen Zustandes vereinbart wäre. Kopenhagener Blätter suchen sich wieder Muth einzusprechen, indem sie von der Wiederaufnahme der Feindseligkeiten reden — kühne oder richtiger freche Reden haben sie immer zu führen gewußt — nun, uns könnte der erneuerte Kampf, der sicher schleunigst die Besetzung Alsens und Fünens zur Folge hätte, am Ende keinen Schaden bringen, aber wir glauben für jetzt nicht daran. Der alte Russell ist zwar mit all seinen Vermittelungsvorschlägen, denen er stets offenherzig die Erklärung beifügte, daß er keinen Krieg dafür übernehmen wollte, in den letzten Jahren fast zum Spott Europas geworden, aber dieser alte Herr — es ist vielleicht das Einzige, was ihm von früherer Größe geblieben — kann kleinen Freunden ganz gut die Lektion lesen. Einer guten Lection wird die dänische Kriegslust sich sicherlich fügen. Der Waffenstillstand mag zwar den Dänen nicht rosig erscheinen, aber was bringt der Krieg ihnen, als etwa ungeladenen Besuch in Kopenhagen?

Aber es interessirt vielleicht wenig über die Fortsetzung der Waffenruhe hier lange zu conjecturiren; die plötzliche „günstige Wendung" für unsere Landessache, beschäftigt ja alle Gemüther; bei den ersten Nachrichten glaubten wohl gar Manche, daß schon innerhalb der einmonatlichen Waffenruhe das Ziel aller Wünsche erreicht sei, dann wäre ja von bloßer Waffenruhe keine Rede mehr. Etwas mehr kaltes Blut wird dabei ganz gut sein, wenn auch der Fortschritt unbestreitbar ist. Ueber die historische Entwickelung dieser günstigen Lage herrscht noch manches Dunkel, allein in den Hauptzügen können wir doch den Gang verfolgen. In der Conferenzsitzung, in welcher der Waffenstillstand vereinbart wurde, wollte uns noch nicht recht scheinen als ob die diplomatischen Vertreter Preußens und Oesterreichs mit dem vollen Selbstbewußtsein auftraten, wozu die herrlichen Thaten ihrer Heere sie berechtigten, aber es konnte doch nicht ausbleiben, man mußte die nächste Folge des Kriegs, die Hinfälligkeit der freilich für uns stets nichtigen Vereinbarungen von 51 und 52, auch für die contrahirenden Staaten, aussprechen, was man sich früher nur offen gehalten hatte. In der Conferenzsitzung vom 12. Mai hatte Preußen unter stillschweigender Genehmigung Oesterreichs das Londoner Protocoll als Basis der Verhandlungen abgelehnt, am 15. sagte sich Bismarck ausdrücklich los von jenen Verpflichtungen; am 17. verlangte Preußen für sich und Namens Oesterreichs als Ausgangspunkt die politische Selbstständigkeit (ob autonomie oder independence ist zweifelhaft) und Zusammengehörigkeit der Herzogthümer, vorbehältlich der dynastischen Frage. Dies ist ein ganz natürlicher Fortschritt der Verhandlung; der Vorschlag am 17. hält noch die Personalunion als möglich offen; von da zur gegenwärtigen Position war der Weg bequem. Indem Dänemark die Personalunion rundweg ablehnte, brauchten die deutschen Großmächte dieselbe auch nicht mehr offen zu halten und ihnen blieb nur die vollständige Trennung als Ziel übrig. Vom 17. bis zum 28. Mai ist zwar keine Conferenzsitzung gehalten worden, dagegen liegen in dieser Zeit eine Menge officiöser Aeußerungen vor, die über die Stellung der Mächte gar kein Zweifel übrig lassen.

Nach dem bekannten [illegible] Antrag [illegible] auch jetzt [illegible] Conferenz [illegible] Herz. G. u.) [illegible] entspricht nur [illegible]

01 Köhler 31.01.2017 21:53 Uhr Seite 26

Rechte Seite:
Titelseite der Flensburger Norddeutschen Zeitung vom 27. März 1864

des Erbprinzen ein. Diesem allgemeinen Konsens folgte die *Flensburger Norddeutsche Zeitung* jedoch nur bis zum Sommer 1864. Schon wenige Tage nach den gescheiterten Verhandlungen zwischen Friedrich von Augustenburg und Bismarck am 1. Juni offenbarte das Blatt im Leitartikel „Preußen und Schleswig" mit der Erklärung, man würde von nun an „*den festen Anschluß der Herzogthümer an Preußen jetzt und für alle Zukunft zum ersten Postulat unserer politischen Vernunft machen*", seinen Gesinnungswandel.[33] Römer und seine Mitarbeiter gehörten damit zu den ersten Schleswig-Holsteinern, die sich von der augustenburgischen Bewegung abgewandt hatten. Zugleich wurden sie nicht müde zu betonen, dass sie zwar auch die Einsetzung des Herzogs wünschten, aber anders als die übrigen Blätter des Landes „*das Wünschenswerthe nicht mit dem Möglichen verwechseln*" würden.[34] Im weiteren Verlauf des Jahres 1864 wurde der Bruch der Flensburger Redaktion mit der Mehrheit ihrer schleswig-holsteinischen Landsleute jedoch immer deutlicher. Der Inhalt des Leitartikels vom 9. Juni stellte keine leere Phrase dar, sondern wurde zum zentralen Programm der Zeitung. Nur in der möglichst engen Verbindung mit der norddeutschen Großmacht konnte und durfte die Zukunft Schleswig-Holsteins ihrer Ansicht nach liegen.

Im krassen Gegensatz zu dieser Haltung stand diejenige der *Schleswig-Holsteinischen Zeitung*. Diese Zeitung war zum Jahreswechsel 1863/64 in Altona gegründet worden und trat vom ersten Tag ihres Erscheinens an uneingeschränkt für die Rechte des Augustenburgers Friedrich ein. So verkündete ihr Grundsatzprogramm vom 17. Januar 1864, dass sie lediglich zum Zweck der Durchsetzung dessen Thronanspruches und der Einigung Deutschlands geschaffen worden sei.[35] Obwohl ein mehrköpfiges Konsortium das Blatt aus der Taufe gehoben hatte, war in erster Linie der Redaktionsleiter Martin May, für dessen politische Ausrichtung verantwortlich. May wae zwar gebürtiger Preuße, stand aber dem preußischen Staat bismarckscher Prägung äußerst ablehnend gegenüber.[36] Es verwundert daher wenig, dass sich die *Schleswig-Holsteinische Zeitung* im Laufe des Jahres 1864 zur maßgeblichsten Vertreterin der auf uneingeschränkte Selbstständigkeit pochenden Partei entwickelte und sich klar gegen die Ansprüche Preußens positionierte. Wenn es schon zu einer politischen Verbindung mit der norddeutschen Großmacht kommen sollte, müsse zunächst die Eigenstaatlichkeit Schleswig-Holsteins konstituiert und die Anerkennung des Herzogs Friedrich vollzogen werden.[37] Als der Bruch zwischen dem Augustenburger und der Berliner Regierung in der zweiten Jahreshälfte immer deutlicher wurde, schlug das Blatt einen zunehmend antipreußischen Tonfall an, der stetig an Schärfe gewann. Es verwundert daher wenig, dass sich die Zeitung binnen kürzester Zeit die geballte Feindschaft der preußischgesinnten Kräfte des Landes und der preußischen Regierung zuzog.[38]

Auch das vierte untersuchte Blatt, die *Kieler Zeitung*, entstand in den ereignisreichen Tagen des Jahres 1864. Ihr Gründer Wilhelm

33 FNDZ, Nr. 57, 09.06.1864.
34 Vgl. FNDZ, Nr. 114, 23.07.1864.
35 Vgl. SHZ, Nr. 1, 17.01.1864.
36 Vgl. Busch (1865a), S. 52.
37 Vgl. SHZ, Nr. 141, 01.07.1864.
38 Vgl. Rautenberg (1934), S. 226.

01 Köhler 31.01.2017 21:53 Uhr Seite 27

Norddeutsche Zeitung.

Flensburger Tageblatt.

(Probenummer.) **Flensburg**, den 27. März. **1864.**

Vierteljahrspreis in Flensburg, frei ins Haus geliefert, 2 ℛ 12 ß S.-H. Crt. — Für Postabonnenten, ausschließlich das Postaufschlages, 2 ℛ 8 ß S.-H. Crt. — In Schleswigholstein einschließlich des Postaufschlages 3 ℛ S.-H. Crt. — Insertionsgebühr für die dreispaltige Zeile 2 ß S.-H. Crt.

Tagesübersicht.

Vom Kriegsschauplatz in Jütland kommt uns über Kopenhagen die einigermaßen befremdende Nachricht zu, daß das preußisch-österreichische Belagerungsheer sich aus seinen Batterien vor Fridericia zurückgezogen habe. Sollte dieser unerwartete Schritt, wie es den Anschein hat, ein Aufgeben der Belagerung bedeuten, so würden wir den Grund ohne Zweifel in diplomatischen Rücksichten auf die Conferenz, welche einer officiellen Mittheilung des englischen Bundestagsgesandten zufolge schon in den nächsten Tagen in London zusammentritt, zu suchen haben. Theilnehmer sind bis jetzt Oesterreich, Preußen, England und Dänemark. Der deutsche Bund und Frankreich fehlen. Eine bestimmte Grundlage für die Verhandlungen ist nicht festgesetzt, ebensowenig tritt Waffenstillstand ein. Wir brauchen uns unter diesen Umständen keine Sorgen über den Ausgang zu machen. Die Verhandlungen werden nur dazu dienen auch dem blindesten Auge die ganze Weite der Kluft zu zeigen, welche selbst zwischen den gemäßigsten deutschen Anforderungen und dem besteht, was man in Dänemark glaubt zugestehen zu können.

In ganz Deutschland werden in den Ostertagen Versammlungen in unserer Landessache stattfinden. Ohne die practische Bedeutung dieser Kundgebungen zu überschätzen, wollen wir doch nicht verhehlen, daß sie immerhin ein Verdienst dabei haben, wenn Preußen und Oestreich über die Eiter gegangen sind.

Die neulich erwähnte Mittheilung des „Preußischen Staatsanzeigers" daß bisher eine Blokade der Ostseehäfen durch die Dänen nicht eingetreten sei, findet ihre thatsächliche Bestätigung. Ein holländisches Dampfschiff ist unbehelligt in Swinemünde eingelaufen. Im Uebrigen liegt aus Preußen nichts von allgemeinem Interesse vor.

Die Mobilisirung der österreichischen Armee nimmt immer größere Dimensionen an. Außer den bereits in Venetien eingerückten 3ten Bataillonen haben nun auch die 4ten Befehl erhalten zu ihren Regimentern zu stoßen; die beurlaubten Officiere aller Waffengattungen haben sich sofort bei ihren Truppentheilen zu stellen u. s. w. Den Commentar zu diesen Maßregeln liefert die Entdeckung einer Druckerei der polnischen „Nationalregierung" in Krakau und die Fortdauer der Verhaftungen in Galizien und Ungarn, die an allgemein um so ernster ausgeführt werden, als auch im Südosten Dinge vorgehen, welche die Aufmerksamkeit der österreichischen Behörden auf sich zu ziehen geeignet sind. Die officiöse „General-Correspondenz" meldet von der untern Donau, daß Klapka und Türr sich in den Donaufürstenthümern befinden und an der Spitze einer organisirten Bewegung stehen.

In Kopenhagen ist am 22. der Reichstag mit einer Thronrede geschlossen worden, deren Wortlaut unsere Leser weiter unten finden.

Wie es heißt würde nach Wiederbeginn der Parlamentssitzungen von den Tories der Versuch gemacht worden, Lord Palmerston zu stürzen. Wenn wir uns erlauben, diese Nachricht vor der Hand noch zu bezweifeln, so soll damit nicht gesagt sein, daß wir die Stellung des gegenwärtigen Ministeriums für fest hielten, sondern nur, daß wir nicht recht an die Sehnsucht der Tories glauben können, die Erbschaft in diesem Momente anzutreten.

Zahlen beweisen

Wie man hört, giebt es hier und da in Schleswig-Holstein noch Leute, welche der Ansicht sind, es ließe sich mit den Dänen, wenn es sein müßte, fernerhin zusammenleben; dieselben hätten wenigstens den Holsteinern und den Südschleswigern nichts zu Leide gethan, und es wäre dem Land unter ihrer Herrschaft, wenn auch nicht besonders wohl, so doch nicht gerade unerträglich ergangen. Gewiß giebt es nicht viele solche Stimmen, aber es darf gar keine geben, wenn die Stunde der Entscheidung kommt; denn Einigkeit macht stark und geachtet, stark und unabweisbar selbst vor dem Gerichtshof der Großmächte. Und so mögen jene Halbzufriedenen oder Gleichgültigen für heute sich zunächst einmal Folgendes überlegen.

Den Herzogthümern ist es in ihrer bisherigen Verbindung mit Dänemark mit nichten so wohl ergangen, als es ihnen ergehen wird, wenn sie ein Land für sich, unter einem eigenen Fürsten, bilden werden. Wir Schleswig-Holsteiner sind vielmehr von der dänischen Gewaltherrschaft auf das Unverantwortlichste ausgebeutet worden. Beweis:

Die ordentlichen Einnahmen der beiden Herzogthümer Schleswig und Holstein betrugen in der Zeit der Erhebung (1849 und 1850) jährlich die Summe von ungefähr 4,450,000 Thaler preußisch. Unter der späteren dänischen Herrschaft erhöhte sich diese Summe bis zu den Jahren 1862 und 1863 auf jährlich circa 5,900,000 Thaler, also um mehr als ein Viertel.

Die Ausgaben (ohne Krieg) für Avangen, Justiz, Cultus, Inneres, Finanzen beliefen sich in den Jahren 1849 und 1850 in runder Summe auf jährlich 2,090,000 Thaler preußisch. Ziehen wir dies von obiger Einnahme in dieser Zeit ab, so haben wir einen jährlichen Ueberschuß von 2,360,000 Thaler, welcher in den Herzogthümern verblieb und diesen zu Gute kam.

Dieselben Ausgaben betrugen 1862 und 1863 jährlich 1,500,000 Thaler, und ziehen wir dieselben von der Summe der jährlichen Einnahmen in dieser Zeit ab, so haben wir folgendes Exempel:

5,900,000 Thlr. Einnahmen aus Schleswig-Holstein,
1,500,000 „ Ausgaben für Schleswig-Holstein.

4,400,000 Thlr. Ueberschuß.

Dieser Ueberschuß von fast fünfthalb Millionen aber ging nach Dänemark, um dort für Civilliste, Armee (Bau des Dannewerks), Marine, Zinsen der Staatsschuld, Kosten des Reichsraths u. s. w. verwendet zu werden.

Der Löwe von Flensburg.

Zu Flensburg am Ostseestrande
Da stand ein Denkmal von Erz,
Stand da zu Deutschlands Schande,
Stand da zu Deutschlands Schmerz.
Auf deutsche Gräber, auf deutsche Treu'
Sah' grinsend herab der dänische Leu.

Der Sockel ward ihm zerbrochen,
Gestürzt die giftige Brut.
Die deutsche Schande gerochen
Am dänischen Uebermuth!
So wahre nun Deutschland vor Trutz und Verrath,
Was du errungen mit blutiger That.

An Flensburgs grünendem Strande
Einst senkte man Todte hinab,
Die Todten aus deutschem Lande —
Sie wollten ein deutsches Grab!
Doch über den Gräbern trotzt' ohne Scheu
Mit grimmiger Tatze der dänische Leu! —

Zu Flensburg über den Leichen
Steht nun kein dänischer Leu;
Dem deutschen Schwert mußt' er weichen;
Man brach ihm den Sockel entzwei,
Daß nie mehr Deutschen ein dänischer Leu
Auf deutschem Boden ein Zwingherr sei!

Zu Flensburg am Ostseestrande
Sargt heut' unsre Todten man ein!
Daß nicht in fremdem Lande
Einst schlummern, verhöhnt, ihr Gebein:
So wahre dir, Deutschland, mit blitzendem Schwert
Dein Schleswig-Holstein als deutsche Erd'!

Und über den Hügeln der Leichen
Verkünd' eine Tafel in Erz
Im Schatten von deutschen Eichen
„Den deutschen Ruhm und Schmerz:
Hier kämpft' und fiel ein treues Geschlecht
Für deutsche Ehre, für deutsches Recht!"

Carl Mehl.

Vom Kriegsschauplatze.

Veile, den 13. März.

Es ist ein altes wahres Wort, daß der Reisende, welcher, vom Süden kommend, die jütische Grenze passirt, einen auffallenden Unterschied zwischen Land und Leuten in den Herzogthümern und dem eigentlichen Dänemark findet. Nicht als ob die Natur Schleswig-Holstein vor Jütland bevorzugt hätte, — im Gegentheil Jütlands Ostküste ist eins der malerischsten Länder Europas; prachtvolle Buchenwälder wechseln mit fruchtbaren Feldern; die blaue Ostsüssee spült ihre Wellen liebkosend gegen das Gestade, eine frische wohlthuende Luft weht über Feld und Thal, und überall lächelt einem Wohlstand entgegen. Trotzdem empfindet Jeder einen eigenthümlichen Wechsel, sobald er die lachenden Fluren Schleswig-Holsteins hinter sich hat und die unmelodischen Töne des jütischen Dialects an sein Ohr schlagen hört. Es liegt etwas Trägess, Verdrossenes, ein, ich möchte sagen — heimtückisches „hinter dem Berge halten" in dem Wesen der Holzschuhe tragenden, blondhaarigen und blauäugigen Bewohner; die kurzhalsigen Pferde mit ihren langen Haaren an den breiten Hufen und mit ihren Glasaugen, die kleinen, mageren, grauen Kühe und die grobwolligen schwarzen Schafe haben ein fremdes Gepräge; auf den Giebeln der Strohdächer fehlen die hölzernen Pferdeköpfe, — kurzum, es ist ein anderes Land nördlich der Königsau, und wer an das Leben in Schleswig-Holstein gewöhnt ist, wird sich unter den Jüten niemals wohl fühlen lernen. Gilt dies schon in gewöhnlichen Zeiten, wo Jeder seinem friedlichen Gewerbe nachgeht, so bewahrheitet es sich doppelt in einer Zeit, wo der Nationalhaß des Jüten aufgestachelt ist, wo deutsche Fahnen von den dänischen Kirchthürmen wehen und die Kriegsfurie durch das Land braust; es braucht jetzt Niemand den Reisenden darauf aufmerksam zu machen, daß er in „Feindes Land" ist, und selbst der Blödeste erkennt auf den ersten Blick, daß er sich auf einem fremden Terrain befindet.

Ich hatte meinen Posten vor den Düppeler Schanzen verlassen, um den Kampfplatz der Oestreicher bei Veile zu besuchen, und da ich aus dem ersten schleswigholsteinischen Kriege Jütland und seine Bewohner kannte, war ich auf einen kühlen Empfang und unangenehmen Eindrücke gefaßt; ich hätte es aber nie für möglich gehalten, die ganze Bevölkerung in einem solchen Nationalrittersieber zu finden, wie es mir gleich in der Grenzstadt Kolding entgegentrat. Die sonst so friedliche Stadt mit ihren elenden Straßen und halbverfallenen Baracken diesseits und jenseits der Brücke war mit preußischem Militair angefüllt; nirgends blickte ein Bürger zum Fenster hinaus, nirgends zeigte sich ein weibliches Wesen; überall begegneten mir zertrümmerte Fensterscheiben und verdrießliche Gesichter preußischer Soldaten, die in der „faulen Nester", wie sie Kolding nannten,

01 Köhler 31.01.2017 21:53 Uhr Seite 28

Rechte Seite:
Titelseite der Schleswig-Holsteinischen Zeitung vom 17. Januar 1864

Ahlmann konnte zu diesem Zeitpunkt schon auf eine beachtliche Karriere zurückblicken. So war er seit 1848 als Mitglied der schleswig-holsteinischen Landesversammlung, Zeitungsmitarbeiter und Bankier in Erscheinung getreten.[39] Diese zahlreichen Kenntnisse hatten den umtriebigen Ahlmann in den 1860er Jahren zu einer der führenden politischen Persönlichkeiten der Herzogtümer gemacht. So war auch er an der Gründung des holsteinischen Zweiges des Nationalvereins beteiligt. Doch anders als die Mehrheit der übrigen Vereinsmitglieder, sprach er sich schon früh für das Erbrecht des Hauses Augustenburg aus und lehnte eine zu enge Anlehnung an Preußen ab.[40] Es war daher naheliegend, dass Ahlmann auch 1863 auf Seiten des Augustenburgers stand. Sowohl die Bezugnahme auf das schleswig-holsteinische Staatsgrundgesetz von 1848 als auch die Tatsache, dass die Bevölkerung der Herzogtümer den Erbprinzen in Volksversammlungen zu ihrem Landesherrn proklamiert hatte und er seitens einiger liberaler deutscher Fürsten anerkannt worden war, erfüllten für Ahlmann die Bedingungen einer legitimen Herrschaft im Rahmen eines liberalen Verfassungsstaates.[41] Die *Kieler Zeitung*, die er im Sommer 1864 zur Unterstützung der augustenburgischen Thronansprüche gründete, sollte daher auch explizit den liberalen Gedanken betonen. Die in Ahlmanns Augen bestehende Notwendigkeit, ein eigenes Presseorgan zu besitzen, erklärt sein Biograph Hermann Hagenah mit den Worten: „*Ahlmann brauchte ein Organ, seine Meinungen und Wünsche, seine Pläne und Vorstellungen der Öffentlichkeit zu unterbreiten.*“[42] Diese Ansichten fanden sich dann auch in der ersten Probenummer der Kieler Zeitung vom 19. Juni 1864 wieder, in welcher das Blatt sein Programm darlegte: „*Was wir wollen ?* […] *Das ungetheilte freie Schleswig-Holstein unter seinem rechtmäßig angestammten Landesherrn Herzog Friedrich VIII. – und wir fügen hinzu innigen Anschluß an das geeinigte Deutschland, vor allem an dessen norddeutsche Vormacht Preußen.*“[43] Es zeigt sich, dass die Zeitung einem Anschluss des Landes an Preußen gegenüber keineswegs abgeneigt war. Jedoch bildeten die Schaffung eines selbstständigen Staates Schleswig-Holstein und die Einsetzung des Erbprinzen zentrale Voraussetzungen für diesen Schritt. So sah Ahlmann sein Blatt auch nicht vordergründig als ein Wirtschaftsunternehmen an. Für ihn stellte die *Kieler Zeitung* stattdessen vielmehr eine Waffe im politischen Kampf um die Zukunft Schleswig-Holsteins dar.[44] Durch sie glaubte er seine Ansichten und Wünsche dem Volk nahe zu bringen und schließlich realisieren zu können. Doch er war nicht nur Geldgeber und Herausgeber im Hintergrund, sondern hatte auch den Posten eines leitenden Redakteurs inne. Ahlmann gab also nicht nur die groben politischen und redaktionellen Leitlinien des Blattes vor, sondern hatte selbst in der kleinsten Angelegenheit das letzte Wort.[45] Kein gedrucktes Wort verließ die Druckerei, das er nicht vorher genehmigt hatte. Als sich daher infolge der Berliner Unterredung vom 1. Juni 1864 ein Teil der schleswig-holsteinischen Presse Preußen zuwandte, folgte die *Kieler Zeitung* diesem Beispiel nicht. Ahlmann, der nach wie vor im

39 Vgl. Hagenah (1930), S. 170.
40 Vgl. Hagelstein (2012), S. 83.
41 Vgl. Wulf (2009), S. 178.
42 Hagenah (1930), S. 229.
43 KZ, Nr. 1, 19.06.1864.
44 Vgl. Wulf (2009), S. 172.
45 Vgl. Bandmann (1910), S. 185.

01 Köhler 31.01.2017 21:53 Uhr Seite 29

Schleswig-Holsteinische Zeitung

und

Altonaer Tageblatt.

Dieses Blatt erscheint täglich mit Ausnahme des Montags.
Expedition:
Bücherstraße Nr. 14 bei Otto Rost.
Auswärts nehmen Annoncen entgegen: Haasenstein & Vogler in Frankfurt a. M. und Hamburg.

Abonnementspreis pro Quartal für Schleswig-Holstein, Hamburg und Lübeck 2 ℛ 12 ß,
für die Zeit von heute bis zum Schluß des Quartals 2 ℛ.
Insertionsgebühr:
für den Raum der Petitzeile 1 ß, für auswärts 2 ß.

№ 1. Sonntag, den 17. Januar. 1864.

Die von dem hiesigen Comité vom 24. December ins Leben gerufene

Schleswig-Holsteinische Zeitung

erscheint von heute an täglich mindestens einen Bogen stark. **Die Tendenz** dieser Zeitung ist durch den politischen Charakter des Comités selbst zur Genüge bezeichnet. **Herzog Friedrich VIII. und das Staatsgrundgesetz von 15. September 1848:** — unter dieser Fahne ist das Comité an dem für das ganze Land denkwürdigen 24. December zuerst vor die Oeffentlichkeit getreten und dieser Fahne wird die „Schleswig-Holsteinische Zeitung" unverbrüchlich treu bleiben. Mit diesem Gelöbnisse eröffnet die „Schleswig-Holsteinische Zeitung" ihre Wirksamkeit. — Begründet lediglich in der Absicht, der Sache des Landes zu dienen, darf sie auf die Mitwirkung und Unterstützung aller patriotischen Männer des Landes hoffen. Sie wird es sich besonders angelegen sein lassen, allen Schleswig-Holsteinischen Vereinen im Lande zum Organ dienen und zu mit ihnen gemeinsam für den baldigen Sieg des Rechts zu wirken, welchem das ganze Volk in seinen einstimmigen Kundgebungen gehuldigt hat.

Allen namentlich für unser Land wichtigeren Tagesbegebenheiten wird die „Schleswig-Holsteinische Zeitung" die gebührende Aufmerksamkeit widmen und sie so schnell als es nur immer möglich ist, berichten. Sie wird kein Opfer scheuen, um durch **Originalcorrespondenzen und Telegramme** ihren Lesern aus allen Theilen des Landes die raschesten Berichte mitzutheilen.

Auch den besonderen Interessen der gewerbtreibenden und arbeitenden Volksklassen wird die Schleswig-Holsteinische Zeitung ihre Aufmerksamkeit zuwenden und denselben eine eigene Rubrik **„Arbeiter-Angelegenheiten"** widmen. Um wenig bemittelten **Arbeit suchenden** Personen nach Kräften förderlich zu sein, wird sie denselben **täglich** eine viertel Spalte unter der Anzeigen **gratis** einräumen, andere kleine Anzeigen auch nur nach dem **wirklich** verbrauchten Raume berechnen.

Das mit der Schleswig-Holsteinischen Zeitung verbundene **„Altonaer Tageblatt"** wird einen Tagesbericht über locale Vorgänge mittheilen und der Besprechung städtischer Angelegenheiten gewidmet sein.

Das **Feuilleton** wird sich bestreben, dem Publikum eine eben so mannigfaltige als unterhaltende und belehrende Lectüre darzubieten und kürzere Novellen, Gedichte Darstellungen aus dem Bereiche der Geschichte, der Naturwissenschaften, der Länder- und Völkerkunde bringen.

Da die Schleswig-Holsteinische Zeitung überhaupt nicht den Zweck verfolgt, einer Speculation zu dienen, so wird auch jederzeit ein wesentlicher Theil des Reinertrages im Interesse des Publikums selbst zur Vergrößerung und Erweiterung des Blattes verwandt werden.

Der vierteljährige Abonnementspreis für die Schleswig-Holsteinische Zeitung und das Altonaer Tageblatt beträgt bei der Expedition, bei den Colporteuren in Altona und Hamburg und bei allen Postämtern in den Herzogthümern 2 Mark 12 Schilling, für die Zeit von heute bis zum Schlusse des Quartals kostet die Schleswig-Holsteinische, Zeitung an den gedachten Stellen 2 Mark Courant.

Amtliches.

Bekanntmachung.

Nach einer Bestimmung der Bundescommissäre für die Herzogthümer Holstein und Lauenburg vom 30. v. M. sind die Visiten von den gemeinschaftlichen Oberbehörden in Kopenhagen, als dem Finanzministerium, dem Generalzolldirectorat und dem Generalbriefcontor für das inclavirte Staatsmerkmal wahrgenommen, das Lauenburgische Zollwesen betreffenden Geschäfte der unterzeichneten Regierung übertragen worden.

Indem Wir Solches hiedurch zur öffentlichen Kenntniß bringen, fügen Wir hinzu, daß das Oberpolizeinspectorat für das Herzogthum Lauenburg mit der Revision sämmtlicher Lauenburgischer Zollrechnungen von Ulas betraut ist, und daß demnach die mit dem 31. März d. J. zu schließenden laufenden Zollrechnungen an das Oberpolizeinspectorat zur Revision eingesendet sind.

Ratzeburg, den 8. Januar 1864.

Die Regierung des Herzogthums Lauenburg.
v. Karstorff.

Münch.

Was wir wollen.

Nach langen Jahren, in denen die Wucht der Fremdherrschaft mit ihren Demüthigungen, ihrer Entwürdigung, ihren schweren Kränkungen unserer Landesrechte und ihrer Unterdrückung alles öffentlichen Lebens unser ganzes nationales Dasein zu verkümmern drohte, sind nunmehr wenigstens in Holstein die verhaßten Symbole Dänischer Gewaltherrschaft verschwunden und mit lautem Jubel haben Stadt und Land die bisher trauerumflorte Fahne entrollt und Angesichts des Himmels laut geschworen, treuer und treu zu stehen zu ihren Landesrechten, zu ihrem angestammten deutschen Fürsten, dem Herzog Friedrich von Schleswig-Holstein.

Die Einmüthigkeit, welche in den patriotischen Kundgebungen der gesammten Bevölkerung herrscht, beweist zur Genüge, wie schwer der Druck der Fremdherrschaft auf uns Allen gelastet, wie tief wir Alle die Schmach empfunden, und wie wir geheborenem Herzen wir uns der Freude überlassen, Deutschland wieder zurückgewinnen zu sein.

Herzog Friedrich VIII. und das Staatsgrundgesetz vom 15. September 1848: das ist die Losung, welche durch das ganze Land geht, in die das ganze Volk begeistert einstimmt.

Die „Schleswig-Holsteinische Zeitung" wird an dieser Losung festhalten, sie wird zu der Fahne des Landes stehen, und mit aller Kraft für sie eintreten. Zu diesem Zwecke begründet, wird sie diesem Zwecke allein dienen.

Nie hat einem Volke in höherem Maße die Pflicht obgelegen, für seinen Fürsten einzustehen, ihm das Recht und die Würde des Landes zu vertreten, als dies in unserer Lage in Betreff des Herzogs Friedrich der Fall ist. Herzog Friedrich VIII. ist uns nicht bloß der berechtigte Landesherr, der einem Usurpator gegenüber in die Schranken tritt; er repräsentirt für uns zugleich die höchsten Principien, für welche jemals ein Volk in den Kampf gegangen ist: das Princip der Unabhängigkeit, der nationalen Selbstbestimmung und — der Freiheit auch im Innern. Er repräsentirt in erster Linie die Trennung von Dänemark, das Aufhören jener unseligen Verbindung, in welcher nachgerade unser Recht, unsere nationale Ehre und unsere Interessen gleichmäßig mit Füßen getreten worden sind. Er repräsentirt ferner „Schleswig-Holstein ewig stammen ungeteilt," jene Losung, welche unsere Vorfahren Jahrhunderte hindurch heilig gehalten haben im Kriege wie im Frieden. Er repräsentirt endlich mit seinem Eide auf das Staatsgrundgesetz vom 15. Sept. 1848 jenen Sonnenschein des politischen Lebens, die Freiheit, ohne welchen keine glückliche, gedeihliche Entwickelung eines Volkes möglich ist. Denn

«Wohl ist Freiheit nicht die höchste Gabe,
Die hier der Mensch zum Heil bedarf,
Doch trägt ihm all sein Glück zu Grabe,
Wer ihn die Freiheit niederwarf.»

Das alte mit schweren Opfern erkämpfte Landesdecht, Unabhängigkeit nach außen, nationale Selbstbestimmung und Freiheit im Innern: — alle diese unschätzbaren Güter, von denen jedes allein schon des Kampfes auf Leben und auf Tod werth wäre, verschmelzen sich für uns in der Einen unzertrennlichen Losung: Herzog Friedrich VIII. und das Staatsgrundgesetz vom 15. Septbr. 1848.

Das ist es, was dem Anspruche unseres Herzogs auf die Krone eine Weihe giebt, wie es vor Gott und Menschen keine heiligere geben kann. In seinem Lager ist Deutschland, sind Alle, die für Freiheit, deutsches Recht und deutsche Ehre noch Herz und Sinn haben.

Herzog Friedrich VIII. ist seiner Stellung, seiner Rechte wie seiner Pflichten sich wohl bewußt. Denn keinen Augenblick hat er gezögert, sein Recht geltend zu machen zu unserer Befreiung, zu unserem Heil. In der ersten Stunde hat er sich beeilt, mit seinem eidlichen Gelöbnisse auf das Staatsgrundgrundgesetz vom 15. Septbr. 1848 uns die vollsten Bürgschaften zu geben, daß die Rechte und Freiheiten des ganzen Volks unter seinem Scepter heilig gehalten und treu gewahrt werden sollen. Und auf den ersten Ruf seines Volkes ist er mitten unter uns erschienen, weit von sich weisend alle kleinlichen Bedenken, alle Rathschläge und Drohungen verzagter Diplomaten.

So will das Schleswig-Holsteinische Volk seinen Fürsten und in alter „Holsteintreue" treu durch Hingebung, Liebe und Opferfreudigkeit das Band verloppeln, das segensreich Fürst und Volk umschlingen soll. In der That, das Schleswig-Holsteinische Volk müßte zu den versunkensten Völkern dieser Erde zählen, wenn es nicht Alles daran setzen wollte, sein und seines Fürsten Recht mannhaft zu vertheidigen. Doch bis auf diesen Tag hat unser Volk für ein treues, tapferes, Recht, Ehre und Freiheit liebendes Volk gegolten, und diesen Ruf wollen wir uns unbefleckt bewahren.

Wir gehen einen verhängnißvollen Gang. Die nächste Zeit wird große Opfer von uns heischen, um die gewonnene in dem Staatsgrundgesetz vom 15. Septbr. 1848 verbriefte Freiheit zu befestigen und um vor allem dem schwer bedrängten, theuren Bruderlande Schleswig, das unter dem Joche, welches auf ihm lastet, jetzt doppelt hart zu leiden hat und im Gegensatze zu dem Jubel, der von diesseits der Eider zu ihm hinüberschallt, sein Unglück mehr 'ls doppelt schwer empfindet, die gleiche Freiheit erst zu zu helfen.

Der vereinigte Sinn unserer Bevölkerung hat sich darüber inen Augenblick getäuscht.

Was auch noch kommen mag, wir Schleswig-Holsteiner sind — das haben wir zu allen Zeiten genugsam bewiesen — ein Volk, das etwas ertragen und leiden kann. Von Herzen gern werden wir, um unsere Freiheit, um die unschätzbaren Ueberlieferungen einer großen Vergangenheit, um die Rechte und die nationale Unabhängigkeit der kommenden Geschlechter sicher zu stellen und um unsere heilige Pflicht gegen Schleswig wie gegen Deutschland zu erfüllen, getrosten und freudigen Herzens auf uns nehmen, was die Noth der Zeit und dieser schicksalsvollen Tage große Bestimmung von uns und heischt, um uns in allen Stücken als würdige Nachkommen eines mannhaften, tapferen Geschlechts zu erweisen.

In diesem Sinne zu wirken ist die Aufgabe, welche die „Schleswig-Holsteinische Zeitung" verfolgen wird.

Daß wir im Uebrigen die Ehre und die Interessen Deutschlands mit ganzer Seele nach unsern Kräften vertreten werden, versteht sich von selbst. Wie viele Nebel auch noch den Glanz deutscher Herrlichkeit verdunkeln, wir fühlen und mit Stolz als Deutsche.

«O heilig Herz der Völker, o Vaterland!
Allwuchernd gleich der schwelgerischen Mutter Erde
Und allverkannt, wenn schon uns deiner
Tiefe die Fremden ihr Besten haben.»

Und nicht minder fühlen wir uns von tiefster Dankbarkeit erfüllt für die Sympathie, die Liebe und die opferfreudige Hingebung, die das deutsche

Altonaer Tageblatt.

Zur Gewinnung des hiesigen Bürgerrechts

gegen die vorgeschriebene Gebühr hat sich gemeldet:

Der Schuhmacher Claus Hinrich Meyer aus Langstedterheide, Kirchspiel Bergstedt, wohnt Pfeifergang Nr. 29.

Es wird bemerkt, daß die öffentliche Bekanntmachung Derjenigen, welche Bürger zu werden wünschen und Derjenigen, welche aus dem hiesigen Regnl treten wollen, den Zweck hat, während der nächsten 8 Tage zu Einwendungen gegen die Aufnahme derselben Gelegenheit zu geben, und ist daher die unterzeichnete Commission an jedem Freitage, Abends 7 Uhr auf dem Rathhause behufs Entgegennahme etwaiger Einwendungen versammelt.

Altona, den 17. Januar 1864.

Die Bürgerrechts- u. Niederlassungs-Commission.

Altona, den 16. Jan.

In der am vorigen Dienstage im „Englischen Garten" Behufs der Gründung eines „Schleswig-Holsteinischen Vereins" stattgehabten Volksversammlung wäre wie bekannt eine Deputation gewählt worden, welche den Herren Bundescommissären das Gesuch vortragen sollte die schleunigste Zurückberufung der in der dänischen Armee festgehaltenen Holsteiner durch den deutschen Bund erwirken zu wollen. Wie wir vernehmen, hat die Deputation sich ihres Auftrages bereits entledigt und von den Herren Bundescommissären die Versicherung erhalten, daß dieselben vollkommen mit dem Antrage sympathisiren und bereits wiederholt in dem gewünschten Sinne Schritte bei der Bundesversammlung gethan hätten. — Dem hiesigen „Schleswig-Holsteinischen Verein" waren bis heute Nachmittag 433 Mitglieder beigetreten.

— Wie nicht mehr als recht und billig ist, wird jetzt auch unter den Mitgliedern des „Altonaer Turnvereins" bei jeder Zusammenkunft für den Landesfond gesammelt. Wir freuen uns mittheilen zu können, daß diese Sammlungen einen recht guten Fortgang haben. Es sind in der kurzen Zeit von den activen Turnern bereits an 150 Mark aufgebracht worden, die demnächst wohl durch den Vorort der Holsteinischen Turnvereine oder auf anderem Wege ihrer Bestimmung gemäß werden abgeführt werden. Zu einem laufenden wöchentlichen Beitrage von 2 Schill. Cour. haben sich alle Mitglieder des Turnvereins verpflichtet, mehrere zahlen auch beträchtlich höhere Beiträge. Hoffentlich werden die „Turnfreunde" auch in dieser Beziehung die activen Turner unterstützen und das Ihrige dazu thun, um seitens des hiesigen Turnvereins einen recht namhaften Beitrag aufzubringen.

— In Sachen des Probsten Rievert ist in diesen Tagen eine Schrift aus der Presse hervorgegangen, welche auf eine ganz eigenthümliche Weise verbreitet wird. — So viel wir über den Inhalt der Schrift in Erfahrung gebracht haben, scheint der Verfasser ein sehr warmer Verehrer des Probsten zu sein, jedoch dürften seine Anschauungen schwerlich auf die Zustimmung des größeren Theils der Bürgerschaft rechnen können.

— Mit der Reinigung der Straßen nimmt es jetzt einen bedeutend bessern Fortgang wie vorem, denn es sind nicht nur mehr Mannschaften dabei angestellt, sondern diese stehen auch unter vermehrter Aufsicht. Heute Morgen sah man auch einen mit Sand beladenen Wagen durch die Straßen fahren, von welchem auf Geheiß der dabei befindlichen Polizeidiener Sand auf die Trottoirs gestreut wurde, wo es von angrenzenden Hausbewohnern verabsäumt worden.

— Die seit dem 24. December ihrer Function entsetzten Polizeidiener Sundberg und Steinfeldt weilen jetzt in Schleswig. Ihre Familien haben sie der Obhut des Polizeidieners Axel anvertraut, der, obgleich er kein Mormane, dennoch die Fürsorge für sie übernommen hat. Sundberg soll nach brieflich eingetroffenen Nachrichten wieder eine Stellung, und zwar als Magazinverwalter gefunden haben, auf welchem Posten ihm indessen mehr Glück zu wünschen sein dürfte, als er einst auf seinem Posten in der Blumenstraße gehabt hat, wo er mit seinem Freunde Steinfeldt die Leiche der plötzlich

01 Köhler 31.01.2017 21:53 Uhr Seite 30

Rechte Seite:
Titelseite der Kieler Zeitung vom 24. Juni 1864

Erbprinzen Friedrich seinen rechtmäßigen Landesherrn sah, war zwar dazu bereit, eine gewisse Abhängigkeit der Herzogtümer von Preußen anzuerkennen, doch müsste sich das schleswig-holsteinische Volk zunächst in freier Meinungsäußerung dafür ausgesprochen haben. Für ihn war nur eine freiwillige Verbindung mit der norddeutschen Großmacht auf Basis der Selbstbestimmung denkbar.[46]

Die Bestimmungen des Wiener Friedens. Der zentrale Artikel des Wiener Friedens beinhaltete den Verzicht des dänischen Königs Christian IX. auf alle seine Rechte auf die Herzogtümer Schleswig, Holstein und Lauenburg zugunsten der Herrscher Preußens und Österreichs. Dänemark erklärte sich damit bereit, sämtliche Dispositionen und Verfügungen, die die beiden deutschen Großmächte hinsichtlich der Zukunft Schleswig-Holsteins treffen würden, bedingungslos anzuerkennen.[47] Der Friedensvertrag beendete damit die jahrhundertelange staatsrechtliche Verbindung zwischen den Herzogtümern und dem Königreich Dänemark. Die praktische Umsetzung dieser Trennung brachte jedoch zahlreiche Schwierigkeiten mit sich, von denen die neuerliche Grenzziehung das Kernproblem war. So hatte sich die Grenze zwischen Schleswig und Jütland aus dem Laufe der Geschichte heraus entwickelt und sich dementsprechend auch verändert, sodass eine ganze Reihe von jütischen Enklaven innerhalb des eigentlich schleswigschen Territoriums existierte. Schon in den Präliminarien wurde dem Problem der jütischen Enklaven ein besonderer Stellenwert eingeräumt, da der gegenwärtige Status quo aus Sicht beider Vertragsseiten nicht aufrechtzuerhalten war. Man einigte sich im Vorfrieden schließlich darauf, dass der dänische König seine Besitzungen auf den nordfriesischen Inseln, auf Römö und bei Mögeltondern abzutreten habe, um so ein geschlossenes schleswigsches Territorium zu schaffen. Im Gegenzug sollte Dänemark einen entsprechenden Teil von Schleswig erhalten. Dieser sollte neben der vom schleswigschen Gebiet relativ abgelegenen Insel Ærø auch eine Landverbindung zwischen Jütland und der Enklave um die Stadt Ribe umfassen. Ergänzt wurde diese Bestimmung mit dem unpräzise formulierten Zusatz, dass auch eine Grenzberichtigung auf der Koldinger Seite erfolgen solle, um so ein wirkliches Äquivalent zu bilden.[48] Während also bezüglich der Gebietsabtretungen des Königreichs eine relative Klarheit herrschte, bestand bei den Details der Abtretungen des nördlichen Herzogtums eher Unklarheit. Die definitive Festlegung der abzutretenden Gebiete sollte dem endgültigen Friedensvertrag vorbehalten bleiben. Die dort genannte Regelung sah vor, dass die neue Grenzlinie im Osten in „*der Mitte der Mündung der Heilsminder Bai am kleinen Belt*“ beginnen sollte, während sie im Westen südlich der Stadt Ribe, „*in gleicher Entfernung zwischen den Inseln Manoe und Roemoe*“ enden sollte.[49] Zwischen diesen beiden Endpunkten sollte die Grenze größtenteils ihrem alten Verlauf folgen. Diese Bestimmungen hatten jedoch zwei gravierende Folgen. Zum einen bildete der alte Grenzfluss Königsau

46 Vgl. Wulf (2009), S. 159.
47 Vgl. Friedensvertrag Art. 3/Präliminarvertrag Art 1.
48 Vgl. Präliminarvertrag Art. 2.
49 Vgl. Friedensvertrag Art. 5.

01 Köhler 31.01.2017 21:53 Uhr Seite 31

Kieler Zeitung.

№ 3. Freitag, den 24. Juni. 1864.

Dieses Blatt erscheint täglich, Morgens früh, mit Ausnahme des Montags. Der Abonnementspreis beträgt für das Vierteljahr in Kiel 2 ℔ 8 ß, bei den Postämtern in den Herzogthümern 3 ℔ Ct. in ganz Deutschland 1½ ℔ Pr. Die einzelne Nummer wird für 1 ß verkauft. Inserate werden entgegengenommen in der Expedition, Holstenstraße 32, gegen Gebühr von 2 ß für den Raum der Petit-Zeile.

Unsere Zeitung stellt sich die Aufgabe, eine **Allgemeine Landeszeitung** der Herzogthümer Schleswig-Holstein und **zugleich ein Communalblatt** für die Stadt Kiel zu werden. Zu dem Ende wird sie nicht nur übersichtlich und sorgfältig über die politischen Ereignisse Bericht erstatten, sondern es sich auch angelegen sein lassen, alle Nachrichten zu sammeln und zu registriren, welche neue Beiträge enthalten zur Kunde von den Zuständen unserer Herzogthümer.

Wir wissen sehr wohl, mit welchen Schwierigkeiten es wegen der geographischen Lage unserer Stadt verbunden ist, mit den großen Preßorganen der südlich gelegenen Nachbarstädte einen Wettkampf aufzunehmen. Unser Ehrgeiz wird es daher auch nicht sein, ihnen durch die Neuigkeit politischer Nachrichten den Rang abzulaufen, obwohl die Einrichtungen getroffen sind, ihnen auch hierin nicht wesentlich nachzustehen.

Dagegen wird unsere Zeitung in eignen selbstständigen Artikeln über die wichtigsten politischen und volkswirthschaftlichen Fragen, und vor allem über die Neugestaltung des Staates Schleswig-Holstein von dem Standpuncte einer deutschen Politik ihre eigene, unabhängige Ansicht geltend machen und in kritischen Anzeigen über alle einschlagenden Schriften zugleich referiren. Ein eigener Abschnitt unseres Blattes wird alle Interessen des communalen Lebens der Stadt Kiel in möglichster Vollständigkeit zur Sprache bringen.

Die Redaction.

Was wir wollen.

Wir haben in den beiden ersten Sätzen, welche obige Aufschrift tragen, kurz die Richtung angedeutet, welche unser Blatt einschlagen will. Es bleibt uns übrig, noch einmal der Stellung zu gedenken, welche die Herzogthümer künftig zu Deutschland, speciell zu Preußen, einzunehmen haben werden.

Schon in der ersten Nummer dieser Zeitung ist von anderer Feder das zukünftige Verhältniß Schleswig-Holsteins zu Preußen in der Form der Alternative bezeichnet worden: Annexion oder Anschluß. Wenn wir zwischen beiden zu wählen haben, so kann die Entscheidung nicht zweifelhaft sein; sie wird ohne Frage für den freiwilligen Anschluß gegen die Annexion ausfallen. Wir gehen aber einen Schritt weiter, wenn wir sagen: der innige Anschluß der Herzogthümer an Preußen ist eine politische Nothwendigkeit für die Herzogthümer selbst, für Preußen, für Deutschland.

Freilich würden die Herzogthümer, wenn erst staatlich constituirt und consolidirt, an und für sich ein lebensfähiger Staatencomplex sein. In losem Zusammenhange mit Deutschland durch den alterwähnten deutschen Bund, günstig gelegen zwischen zwei Meeren, bewohnt von einer wenn auch strebsamen, so doch im ganzen conservativen Bevölkerung von fast 1 Million Einwohner, tragen die Herzogthümer für friedliche Zeiten die Bedingungen einer langen politischen Lebensdauer in sich. Daß es den Herzogthümern auch an zäher Widerstandskraft gegen den äußern Feind nicht fehlt, haben sie, meinen wir, damals gezeigt, als sie von ganz Deutschland verlassen, den Kampf gegen den Erbfeind allein wieder aufnahmen. Das Bewußtsein dieser Lebensfähigkeit und Widerstandskraft wird indeß erst dann wahrhaft fruchtbringend werden, wenn es für Deutschland ausgenutzt wird, wenn es dazu führt, daß Land und Volk der Herzogthümer für das große Vaterland gewonnen werden.

Wollen wir uns klar machen, in welcher Form der Anschluß statt zu finden haben wird, so sind uns durch die thatsächlichen Verhältnisse, wie durch die von der nationalen Partei schon vor Jahren aufgestellte Grundsätze einige wesentliche Anhaltspunkte gegeben. Der Krieg von 1864 hat wiederum gelehrt, daß Preußen durch einen beinahe 50jährigen in den unbedeutenden Kriegs-Episoden von 1848/49 kaum unterbrochenen Frieden von der raslosen Schlagfertigkeit, die es in den Befreiungskriegen bewährt, nichts verloren hat. Diese Schlagfertigkeit zu erhalten und möglichst zu schärfen, hat nicht nur Preußen, sondern ganz Deutschland, vor allem aber — aus naheliegenden Gründen — Schleswig-Holstein ein besonderes Interesse.

Und wer wollte es läugnen, daß die Herzogthümer die Mittel dazu besitzen. Schleswig-Holstein hat in den Jahren 1850/51 unter schwierigen Verhältnissen eine Armee von mehr als 40,000 Mann gegen den Feind gestellt und unterhalten; es würde jetzt — wenn ungetheilt — im Nothfall dasselbe vermögen, und jedenfalls einen guten Theil dieser Macht stets schlagfertig erhalten können. Dazu würde aber gehören, daß man sich an die erste deutsche Militairmacht anlehnte und in geeigneter Weise dafür sorgte, daß die Bundesgenossenschaft zwischen dem preußischen und dem künftigen schleswig-holsteinischen Heere fester und inniger geknüpft würde, als die Kriegsverfassung des deutschen Bundes es bedingt. Eine schleswig-holsteinische Armee von der eben angeführten Kriegsstärke, beseelt von dem kriegerischen Geiste, der das preußische Heer auszeichnet, wie er nicht minder der früheren schleswig-holsteinischen Armee innewohnte, ausgerüstet mit allen Vorzügen der Bewaffnung und Ausbildung, deren sich die preußische rühmen darf, gestützt auf das wiederbefestigte Rendsburg und eine genügende Küstenbefestigung, wäre in der That eine so wesentliche Verstärkung der norddeutschen Wehrkraft, daß es nur des Hinweises darauf bedarf, um die Vortheile eines engen Anschlusses an Preußen in militairischer Beziehung einleuchtend zu machen.

Welche Verstärkung der preußischen Wehrkraft zur See in der Herstellung einer schleswig-holst. Marine, eines guten sichern Kriegshafens an der Ostseeküste und eines für die größten Schiffe gangbaren Canals liegen würde, brauchen wir an dieser Stelle nicht zu erörtern, da wir später Gelegenheit genug haben werden, auf diesen Punkt zurückzukommen. Für heute mag es genug sein, ein wichtiges Moment hervorgehoben zu haben, welches den freiwilligen aufrichtigen Anschluß an Preußen dringend befürwortet.

Der Canalbau.

Das vom preußischen Geheimrath Lentze am 9. Mai d. J. an das Handelsministerium in Berlin erstattete Gutachten, auf welches wir in der Notiz der vorigen Nummer Bezug nahmen, ist jetzt vollständig von verschiedenen Blättern mitgetheilt und dadurch Gelegenheit gegeben worden, dasselbe einer Prüfung zu unterziehen.

Es ist kein Grund vorhanden von der in unserer vorigen Notiz ausgesprochenen Meinung abzugehen, daß nämlich durch dieses Lentze'sche Gutachten nichts anderes geschehen ist, als ein Committee zu veranlassen die genaue Durcharbeitung der technischen Untersuchungen zunächst für die eine von Lentze empfohlene Linie Eider-Eckernförde vornehmen zu lassen.

Zwar heißt es, das berliner Committee habe sich überzeugt, daß sich die großen Zwecke denen der Canal dienen soll einzig und allein durch die Verwirklichung des Lentzeschen Projectes erzielen ließen, auch solle angeblich die preußische Regierung dieses Projectes für einzig geeignet zur Ausführung erachten.

Billig darf aber wohl bezweifelt werden, daß diese bemerkenswerthe Sicherheit der Ansichten eine thatsächliche Grundlage besitzt. Der Geh. Rath Lentze wird schwerlich geneigt sein diese absolute Unübertreffliches seines Projectes zu behaupten, da er selbst nur während weniger Tage die sehr flüchtige Gelegenheit gehabt hat die örtlichen Verhältnisse zu prüfen und ihm wie sein Gutachten bewiest nur sehr unvollständige Materialien zu Gebote gestanden haben um sich über die früheren Arbeiten zu orientiren.

Ein mehr als menschlicher Scharfblick würde dazu gehören um bei einer etwa achtägigen Reise durch beide Herzogthümer eine so kategorische Behauptung aufstellen zu können, wie oben angegeben ist. Man würde für diese nur einen Schlüssel finden können, wenn man annähme, daß dem Geh. Lentze vorgeschrieben wäre sehr bestimmt die Vorzüge einer ihm angegebenen Linie hervorzuheben ohne sich weiter um andere Projecte zu bekümmern.

Zu einem solchen Vorgehen in dieser Sache ist dieselbe aber doch zu ernsthaft; die richtige Wahl der Linie entscheidet über den Werth des Canals für die Entwicklung der deutschen Marine und für die Sicherung der deutschen Nordmark, über seinen Erfolg für die innere Landescultur und über seinen Nutzen für den Handel. Und hierüber sollte man binnen acht Tagen sich ein endgültiges Urtheil verschaffen können? Unmöglich; wir müssen daher bei unserer Ansicht bleiben, daß durch die specielle Bearbeitung eines bestimmten Projectes ein erster Schritt zur Lösung des sehr schwierigen Problems, die beste Canallinie zu finden, geschehen wird; daß aber erst aus der Vergleichung verschiedener Projecte in Beziehung auf ihre Kosten, auf ihren militärischen und maritimen Werth, auf ihren volkswirthschaftlichen Einfluß, eine wirkliche endgültige Entscheidung hervorgehen kann.

Mit Freude haben wir es daher vernommen, daß an mehreren Orten Committees zusammengetreten sind, um die aus früheren Zeiten stammenden Pläne zu revidiren und nach den Bedingungen, die jetzt für die Dimensionen des Canals gestellt werden, umzuarbeiten.

Auch hier in Kiel sind Mitglieder des früheren Flottenausschusses mit anderen Männern zu einem neuen Comnitte für den Canalbau zusammengetreten um die aus den Jahren 1848 und 1849 für drei verschiedene Linien vorhandenen ausführlichen Vermessungen und detaillirten Kostenanschläge zu bearbeiten. Von diesen damals mit großem Kostenaufwande ausgeführten Arbeiten kannte der Geh. Rath. Lentze so gut wie nichts, da er in seinem Gutachten hierüber nur eine lithographische Zeichnung anführt, der beste Beweis dafür, daß er eben eine ernstliche Prüfung nicht hat vornehmen können.

Wir hoffen in den Stand gesetzt zu werden über die Zusammensetzung und die Arbeiten des hiesigen Committees unsern Lesern regelmäßig berichten zu können und werden es uns ebenso zur Aufgabe machen die Untersuchungen anderer Committees, soweit sie uns bekannt werden, zu besprechen. Zunächst wird uns das Lentzesche Gutachten Veranlassung geben einige wie uns scheint sehr erhebliche Schwächen des Lentzeschen Projectes schon jetzt zur Sprache zu bringen.

Kiel, 23. Juni.

Wie aus London wird gemeldet, ist die Mittwochsitzung der Conferenz ohne Resultat geblieben. Oesterreich schloß sich Preußens Verwerfung des englischen Vorschlages an. Dänemark erhob gleichfalls Einwendungen gegen den Vorschlag, die Demarcations-Linie einem Schiedsrichterspruch zu unterwerfen. — Die nächste (und wahrscheinlich letzte) Sitzung der Conferenz findet am Sonnabend statt.

Ueber die Conferenz-Sitzung vom Sonnabend laufen ergänzende Berichte ein. Aus einer Mittheilung der „Köln. Ztg." ersieht man, daß Preußen auch eine Erklärung gegen die fictive Blockade abgab, die nach dem etwaigen Wieder-Ausbruch des Krieges durchaus nicht zu dulden sei, widrigenfalls sich Preußen an die Verabredungen des pariser Congresses von 1856 wegen Seerechts nicht mehr gebunden erachten könne. Zu gleicher Zeit bezeichnete Preußen die Besetzung der früher nicht besetzten Insel Selt während der Waffenruhe, so wie die Wegführung von seiter Einwohnern durch die Dänen als einen Bruch des Waffenstillstandes. Die preußische Erklärung über die fictive Blockade und eventuelle Repressalie rief in der Conferenz einen wahren Sturm hervor. Besonders heftig sprachen sich England Schweden und Rußland dagegen aus. In Bezug auf die Theilungslinie blieben die Neutralen bei Eckernförde-Dannewerk-Friedrichstadt stehen, so daß also selbst Husum und Tönning den Dänen verbleiben würden.

Was den von den Neutralen beantragten Schiedsspruch in Bezug auf die Theilungslinie betrifft, so soll der gewählte Schiedsrichter nur die Befugniß haben eine Linie zu finden, die zwischen der von Preußen vorgeschlagenen — Apenrade-Tondern-Peyer — und der von Dänemark gewünschten — Schlei-Dannewerk-Friedrichstadt — mitten inne läge; ein echt diplomatischer Kniff, der wie gewöhnlich keinem Theile Recht giebt aber beiden Unrecht thut. Trotzdem soll Graf Rechberg zugesagt haben dafür zu wirken.

Die „Independance Belge" bringt im Gegensatz zu anderen Berichten das folgende vom 19. d. datirte Telegramm: In der gestrigen Sitzung der Conferenz ward der Vorschlag des Grafen Russell von den deutschen und dänischen Bevollmächtigten abgelehnt, die sich weigerten, denselben auch nur ad referendum zu nehmen, sich vielmehr darauf beschränken werden ihn ihren betreffenden Regierungen mitzutheilen. Die Sitzung war sehr lebhaft. Graf Bernstorff ging in seinen Forderungen weiter als je und wollte sogar nichts von der Linie Flensburg-Kondern wissen, mit der sich Graf Apponyi einverstanden erklärt hatte. Die Conferenz scheint thatsächlich gesprengt zu sein. — So das brüsseler Blatt. Merkwürdig genug, daß ein ähnliches Gerücht auch hier umlief und zwar wie sich die Leser gewiß erinnern werden bereits am Tage nach der Conferenz, am Sonntage.

01 Köhler 31.01.2017 21:53 Uhr Seite 32

Rechte Seite:
Karte des dänischen Gesamtstaats 1817

damit nur noch im Landesinneren die faktische Grenze und zum anderen wurden die Ostseehalbinsel Stenderup und an sie angrenzende Gebiete aus dem schleswigschen Territorium herausgelöst und Dänemark übergeben. Da beide Vertragsparteien erklärten, dass „[i]*n der Folge dieser neuen Abgränzung* […] *von einer und der andern Seite alle* […] *Ansprüche und Rechte* […]*, welche bisher in den Enclaven* […] *bestanden haben, - als erloschen*“ betrachtet würden,[50] war mit dem Friedensvertrag vom 30. Oktober 1864 die Grenzziehung zwischen dem Königreich Dänemark und den Herzogtümern endgültig festgelegt. Es bestand keine Möglichkeit mehr, eine großflächige Änderung zu erwirken. Lediglich die Grenzziehung „im Feld“ war noch nicht definitiv und sollte in der nächsten Zeit nach dem Friedensschluss durch eine internationale Kommission vor Ort bestimmt werden.[51]

Neben der Gebietsfrage war die Finanzfrage das zweite große Themengebiet in den Friedensdokumenten. Auch wenn der Vorfrieden dieses Thema nur sehr oberflächlich behandelte, ließen seine Bestimmungen schon früh erahnen, dass auf die Herzogtümer eine hohe finanzielle Belastung zukommen würde. So legt etwa der dritte Artikel der Präliminarien fest, dass die Schulden des Gesamtstaats zwischen Königreich und Herzogtümern mit wenigen Ausnahmen nach dem Bevölkerungsverhältnis geteilt werden sollten. Zudem sollte Schleswig-Holstein auch die Kriegskosten Preußens und Österreichs erstatten.[52] Doch erst der eigentliche Friedensvertrag vom 30. Oktober enthielt nähere Angaben zur Höhe dieser finanziellen Belastungen. Hatte sich mancher Schleswig-Holsteiner in den Monaten der Verhandlungen in Wien noch der Hoffnung hingegeben, dass die Bestimmungen des Vorfriedens abgemildert werden würden, sah er sich nun eines Besseren belehrt. So bestätigte der Friedensvertrag nicht nur die Teilung der Gesamtschulden der Monarchie, sondern legte den schleswig-holsteinischen Anteil auch gleich auf 29 Millionen dänische Taler fest.[53] Diesen Betrag hätte der Staat Schleswig-Holstein innerhalb eines Jahres nach seiner definitiven Konstituierung zu zahlen. Zusätzlich wurde auch an der Bestimmung, dass die Herzogtümer die Kriegskosten der Alliierten zu tragen hätten, nicht gerüttelt.[54] Die übrigen finanziellen Bestimmungen des Vertrages behandelten derweil spezielle Aufschlüsselungen, die nötig waren, um die bisher miteinander verbundenen öffentlichen Haushaltskassen der Herzogtümer und des Königreichs zu entwirren. Hierbei ging es neben der Regelung, dass Schleswig-Holstein auch weiterhin für die Pensionszahlungen ehemaliger Staatsbeamter aufkommen musste,[55] um die Teilung bestimmter Fonds, die bisher zentral in Kopenhagen verwaltet worden waren, sowie die Rückerstattung von eingelagerten Geldern an Privatpersonen und öffentliche Körperschaften.[56] Auch wenn der Friedensschluss ganz eindeutig von den pekuniären und territorialen Bestimmungen dominiert wurde, enthielt der Vertrag doch auch Artikel, die sich keiner der beiden Obergruppen zuordnen ließen. In ihnen wurden praktische Einzelfragen behandelt, welche die Zerstückelung

50 Vgl. Friedensvertrag Art. 5.
51 Vgl. Friedensvertrag Art. 6.
52 Vgl. Präliminarvertrag Art 3.
53 Vgl. Friedensvertrag Art. 8.
54 Vgl. Friedensvertrag Art. 12.
55 Vgl. Friedensvertrag Art. 15.
56 Vgl. Friedensvertrag Art. 14.

Skager Rak
Skagens Vorgeb.
Skagen
Grenen Sp.
Gothenburg
Borås
Kungsbacka
I. Winga
Wiska
Nidingen
Åtran
Warberg
Falkenberg
Catteĝat
Anholt
Halmstad
Hjörring
Frederikshavn
Lyngbye
Deget
Sälye
Hessöe
Vaersaae
Hansted
Thisted
N. Sundbye
Aalborg
Lögstör
Nibe
Agger
Nyekjöbing
I. Mors
Durchbruch 1825
Aggerkanal
Alborg
Viborg
Mariager
Hobroe
Randers
Lemvig
Skive
Viborg
Holstebroe
Storaae
Skiveaae
Gudenaae
Grenaae
Kuttenden Sund
Hesselöe
I. Holmsland
Ringkjöbing
Aarhuus
Ebeltoft
Helgenaes
Skanderborg
Horsens
Nordbye
Nyekjöbing
Hillerödsund
Frederiksund
Samsöe
Veile
Varde
Vardeaae
Hierting
Friedericia
Kolding
Bogense
Middelfart
Odense
Fuertenmünde
Nyeborg
Fünen
Assens
(Fyen)
Faaborg
Svendborg
Christiansfeld
Hadersleben
Ripe
Romöe
Lügum Kloster
Apenrade
Hoyer
Tondern
Sylt
Föhr
Leck
Flensburg
Kappeln
Amrum
Bredstedt
Schleswig
Husum
Eckernförde
Pellworm
Friedrichstadt
Friedrichsort
Bulk
Tönning
Garding
Lunden
Rendsburg
Kiel
Heide
Preetz
Eutin
Ploen
Meldorf
Holstein
Neumünster
Neustadt
Brunsbüttel
Itzehoe
Wilster
Segeberg
Bramstedt
Travendal
Lübeck
Glückstadt
Elmshorn
Pinneberg
Oldesloe
Gr. Grönau
Rätzeburg
Mölln
Stade
Altona
Wandsbeck
HAMBURG
Harburg
Bremen
Zollenspieker
Lauenburg
Lauenb.
Schwerin
Mecklenburg
Rostock
Wismar
Travemünde
Warnemünde
Stralsund
Ruden
Stubbekjöbing
Falster
Nakskov
Marieboe
Saxkjöb
Nyekjöbing
Nyested
Rödbye
Laaland
Byrg
I. Femern
Heiligenhafen
Oldenburg
Eutingenburg
Newwerk
Cuxhaven
Elbe
Weser
Helgoland (Engl.)
Oldenb.
Kattegat
Seeland
KOPENHAGEN
Kallundborg
Holbek
Roeskilde
Ringsted
Store-Hedinge
Falsterbo
Skanör
Skjöge
Stagelse
Söröe
Korsör
Skielskiör
Nestved
Praestöe
Wordingborg
Steege
I. Moen
Jütland
Der Sund
Der Großebelt
Der Kleinebelt
Alsen
Augustenburg
Sonderburg
Arröe
Ludeland
Schlei
Eider
Trave
Stecknitz
Lauenb.
0 1 2 3 4 5

01 Köhler 31.01.2017 21:53 Uhr Seite 34

des dänischen Gesamtstaates mit sich brachte. So etwa die Möglichkeit dänischgesinnter Schleswig-Holsteiner nach Dänemark auszuwandern,[57] die Übergabe von Verwaltungsakten und Archivgut[58] oder das Ausscheiden von schleswig-holsteinischen Soldaten aus dem dänischen Heer.[59] Wie in der Folge deutlich wird, spielten diese Themen jedoch kaum eine Rolle in der zeitgenössischen Diskussion über den Friedensvertrag und seine Bestimmungen.

Die Vertragsbestimmungen im Spiegel der Presse. Obwohl die *Flensburger Norddeutsche Zeitung* die territorialen Bestimmungen des Wiener Friedens angesichts der Loslösung von Dänemark als „*Dinge von verhältnismäßig untergeordneter Wichtigkeit*“ bezeichnete,[60] nahmen diese doch einen großen Raum in der Berichterstattung der schleswig-holsteinischen Zeitungen ein. Insbesondere die in den Präliminarien angekündigte Abtrennung schleswig-holsteinischer Gebietsteile als Ausgleich für die Aufhebung der dänischen Enklaven sorgte für reichlich Diskussionsstoff in der Presse. Vielfach wurde bis zum 30. Oktober darüber spekuliert, was sich wohl hinter der Formulierung, man wolle die Grenzziehung „*auf der Koldinger Seite richtig stellen*“, verbergen möge.[61] Schon frühzeitig wurde dabei ganz konkret die Abtretung der Ostseehalbinsel Stenderup in Betracht gezogen.[62] In diesem Zusammenhang sticht insbesondere die Berichterstattung der *Schleswiger Nachrichten* ins Auge, welche trotz eindeutiger Ankündigungen in den Präliminarien vehement jedwede Gebietsänderung im Nordosten der Herzogtümer bestritt. Beschwichtigend versicherte das Blatt seinen Landsleuten, dass weder Preußen noch Österreich ein Interesse an einer Abtretung haben würden und die aufgewühlte Stimmung in der schleswig-holsteinischen Öffentlichkeit völlig unangebracht sei.[63] Nachdem in den folgenden Wochen die Grenzänderung bei Stenderup immer wahrscheinlicher geworden war, enthielt sich das Blatt im weiteren Verlauf des Jahres 1864 jedes detaillierteren Artikels zur Gebietsfrage. Trotz ähnlicher politischer Ansichten fielen die Betrachtungen der *Flensburger Norddeutschen Zeitung* derweil deutlich anders aus. Schon im August drückte das Blatt sein Bedauern darüber aus, dass nun wohl nie mehr „*an des Landes Marken die Königsau blinken“ werde*.[64] Gleichzeitig fügte es aber hinzu, dass die Schleswig-Holsteiner trotz der bevorstehenden ungewissen Veränderungen der Grenzlinie nicht vergessen dürften, dass die langersehnte Trennung der Herzogtümer von Dänemark endlich erreicht sei. Als jedoch im Laufe des Oktobers die Abtrennung der Halbinsel Stenderup immer wahrscheinlicher wurde, sah sich das Blatt dazu veranlasst, die deutschen Großmächte „[m]*it großer und gerechter Besorgniß*“ vor einer drohenden Fehlentscheidung zu warnen.[65] Seiner Ansicht nach sei es völlig unverständlich, warum so weitreichende Zugeständnisse an Dänemark gemacht werden sollten. In Folge dieser Nachsichtigkeit drohe nun die Preisgabe von „*mehrere(n) Quadratmeilen, auf denen grade überwiegend viele deutsche Grundbesitzer wohnen, Strecken des allerfruchtbarsten Landes mit den herrlichsten Waldungen ge-*

57 Vgl. Friedensvertrag Art. 19.
58 Vgl. Friedensvertrag Art. 20.
59 Vgl. Friedensvertrag Art. 18.
60 Vgl. FNDZ, Nr. 130, 02.08.1864.
61 Vgl. Präliminarvertrag Art. 2.
62 Vgl. KZ, Nr. 44, 14.08.1864.
63 Vgl. SN, Nr. 20, 07.07.1864/SN, Nr. 25, 24.08.1864.
64 Vgl. FNDZ, Nr. 160, 19.08.1864.
65 Vgl. FNDZ, Nr. 274, 25.10.1864.
66 FNDZ, Nr. 274, 25.10.1864.

01 Köhler 31.01.2017 21:53 Uhr Seite 35

gen Moor und Heidegegenden".[66] Diese Kritik an den deutschen Verhandlungsführern führte in der Folge jedoch zu keinem ernsthaften Bruch mit Preußen. Denn als die neue Grenzlinie mit dem Friedensschluss zur unverrückbaren Tatsache geworden war, fand sich kaum ein Wort des Bedauerns in den Spalten der *Flensburger Norddeutschen Zeitung*. Stattdessen forderte sie ihre Landsleute erneut dazu auf, angesichts der „*kleineren Sorgen die Freude an dem großen Resultat nicht verkümmern*" zu lassen.[67] In Holstein fiel das Urteil dagegen deutlich emotionaler aus. Auch hier wurde die Halbinsel Stenderup zur fruchtbarsten, waldreichsten, wohlhabendsten und schönsten Gegend des Landes verklärt.[68] Insbesondere die *Schleswig-Holsteinische Zeitung* beklagte sich lautstark über den Umstand, dass es den Dänen in Wien gestattet worden sei, die Präliminarien vollständig zu ihren Gunsten auszuschöpfen. Nach Ansicht des Altonaer Blattes sei die geübte Nachsicht völlig fehl am Platze und schon die Abtretung Ærøs ein Zeichen höchster Großzügigkeit gewesen.[69] In eine ähnliche Richtung gingen auch die Artikel der *Kieler Zeitung*, die in längeren mathematischen Ausführungen zu beweisen suchte, dass ein flächenmäßiger Ausgleich schon durch die neue Grenzziehung im Nordwesten und die Übergabe Ærøs erreicht worden sei und damit keinerlei Änderungen der Grenzlinie bei Stenderup nötig wären.[70] Doch noch stärker als über die Grenzveränderungen echauffierten sich die beiden augustenburgisch gesinnten Zeitungen darüber, dass im Vertragstext von einer Abtretung der Rechte des dänischen Königs an den Herzogtümern die Rede war. In ihren Augen war dieser Ausdruck völlig unzutreffend, da Christian IX. niemals berechtigte Besitzansprüche auf Schleswig und Holstein besessen habe und diese daher auch nicht abtreten könne.[71] Doch trotz ihrer gemeinsamen Ablehnung der angeblichen Rechte des dänischen Königs fielen die Schlüsse, welche die *Kieler Zeitung* und die *Schleswig-Holsteinische Zeitung* aus der Verwendung des Begriffs zogen, höchst unterschiedlich aus. So warb das gemäßigtere Kieler Blatt bei seinen Lesern geradezu um Verständnis für die Verwendung dieses Wortlauts in den Friedensdokumenten. Seiner Ansicht nach handelte es sich lediglich um eine bedeutungslose diplomatische Floskel, die notwendigerweise in Wien eingeflochten wurde, um „*dem dänischen König nicht die demüthigende Anerkennung seiner Rechtslosigkeit*" vor Augen führen zu müssen.[72] Man könne sich also beruhigen und dürfe keine bösen Absichten der Großmächte in diese Formulierung hineininterpretieren. Ganz anders fiel dagegen die Interpretation der radikaleren *Schleswig-Holsteinischen Zeitung* aus. Sie machte keinerlei Hehl aus ihrer Abneigung gegen die deutschen Großmächte und Preußen im Besonderen. Für sie stand fest, dass die Herzogtümer mit dem Tode König Friedrichs VII. unbestreitbar an die Augustenburger Linie gefallen waren. Käme es nun seitens der Großmächte zu einer nachträglichen Anerkennung der Ansprüche Christians XI., so würden sie damit den Rechtsboden verlassen. Nach Ansicht des Blattes war die Formulierung „Abtretung" von Preußen und Österreich bewusst ge-

67 FNDZ, Nr. 295, 05.11.1864.
68 Vgl. SHZ, Nr. 254, 11.11.1864.
69 Vgl. SHZ, Nr. 254, 11.11.1864.
70 Vgl. u.a. KZ, Nr. 44, 14.08.1864.
71 Vgl. KZ, Nr. 39, 09.08.1864/SHZ, Nr. 172, 06.08.1864.
72 KZ, Nr. 123, 15.11.1864.

01 Köhler 31.01.2017 21:53 Uhr Seite 36

Rechte Seite:
Bismarck-Album des Kladderadatsch. Mit 300 Zeichnungen von Wilhelm Scholz. Berlin: Hofmann 1890.
Bismarck und Rechberg lassen sich bei den Wiener Friedensverhandlungen von Christian IX. die Tabakdose für die Friedenspfeife reichen.

wählt worden, da sie ihnen die absolute Verfügungsgewalt über das Land sichern würde. Weder der Deutsche Bund noch das Ausland könnten gegen ihre zukünftigen Entscheidungen einen Einwand vorbringen. Selbst dann nicht, „[w]*enn diese also einen japanesischen Prinzen oder einen Negerfürsten auf den Herzogsthron erheben wollten.*“[73] Erneut wurde an dieser Schlussfolgerung die tiefe Abneigung des Altonaer Blattes gegen die Machthaber in Wien und Berlin deutlich.

Nachdem die Lostrennung des Landes von Dänemark mit der Unterzeichnung der Präliminarien zur Tatsache geworden war, nahmen die finanziellen Regelungen das Hauptinteresse des Landes in Anspruch. Denn während der Vorfrieden relative Klarheit über die territoriale Zukunft Schleswig-Holsteins gewährte, ließen seine finanziellen Bestimmungen viel Raum für Spekulationen. Schließlich waren weder die ungefähre Höhe der Kriegskosten noch der schleswig-holsteinische Anteil der dänischen Staatsschulden näher beziffert worden. Es war daher mehr als wahrscheinlich, dass gerade die Finanzfrage die weiteren Verhandlungen in Wien bestimmen würde. Angesichts der Möglichkeit, dass dadurch der Vertragsabschluss auf unbestimmte Zeit verzögert werden könnte, warben die *Schleswiger Nachrichten* und die *Flensburger Norddeutsche Zeitung* dafür, bei den groben Bestimmungen der Präliminarien zu verbleiben und erst nach dem definitiven Friedensschluss eine Kommission mit der Klärung der Detailfragen zu betrauen.[74] Den beiden preußischgesinnten Blättern ging es hierbei vor allem darum, einen schnellen Frieden ohne finanzielle Belastungen, die diesen trüben könnten, zu erhalten. Die „Befreiung” von Dänemark hatte schließlich schon durch die Änderung der Grenzlinie für manche ihrer Landsleute einen „schalen Beigeschmack“ bekommen. Die Wichtigkeit, die die Frage der finanziellen Belastung für die Schleswig-Holsteiner hatte, zeigte sich auch daran, dass bereits im Vorfeld der ersten Friedensverhandlungen ausgiebig in der Presse über diese Thematik berichtet wurde. So konstatierte die *Kieler Zeitung* schon Mitte Juli, dass keinerlei Zweifel darüber bestehen könne, wer die Kriegskosten der deutschen Großmächte zu tragen habe. Da Dänemark den Krieg vom Zaun gebrochen und „*es doch die Lasten des letzten Krieges zum größeren Theil den Herzogthümern aufgebürdet*“ habe, käme nur das Königreich als alleiniger Schuldner in Frage.[75] Als der Friedensvertrag diese Kosten jedoch den Herzogtümern in Rechnung stellte, regierte das Blatt mit Unverständnis und brachte seinerseits den Alternativvorschlag, die Kriegskosten nach Matrikularanteilen auf alle Staaten des Deutschen Bundes zu verteilen.[76] Diese Haltung stieß insbesondere bei den *Schleswiger Nachrichten* auf vehementen Widerspruch. Denn schließlich könnten die Schleswig-Holsteiner nicht erwarten, „*die Freiheit so ganz umsonst geschenkt*“ zu bekommen.[77] Dieser Ansicht pflichtete auch die *Flensburger Norddeutsche Zeitung* bei, verband sie aber mit der Forderung, Schleswig-Holstein keine finanziellen Lasten aufzubürden, ohne die Zustimmung des Landes eingeholt zu haben. So müsse die Stimme der Herzogtümer

73 SHZ, Nr. 254, 11.11.1864.
74 Vgl. FNDZ, Nr. 190, 06.09.1864/ SN, Nr. 24, 21.08.1864.
75 KZ, Nr. 20, 17.07.1864.
76 Vgl. KZ, Nr. 46, 17.08.1864.
77 SN, Nr. 19, 03.08.1864.

01 Köhler 31.01.2017 21:53 Uhr Seite 37

— in Nr. 39 u. 40, vom 21. August, rauchen Bismarck und Rechberg in Wien die Friedenspfeife, während der König von Dänemark, Christian IX., genöthigt ist, ihnen den Tabaksbeutel darzureichen.

Wer den Schaden hat, darf für den Spott nicht sorgen.

In Wien wird bereits die Friedenspfeife gestopft.

01 Köhler 31.01.2017 21:53 Uhr Seite 38

bei den weiteren Verhandlungen in Wien unbedingt Berücksichtigung finden.[78] Interessanterweise griff das Schleswiger Blatt angesichts der Höhe der anfallenden Kosten den Kieler Vorschlag einige Monate später wieder auf. So sollten seiner Ansicht nach die deutschen Mittel- und Kleinstaaten die Kriegskosten der Großmächte übernehmen. Denn während Österreich und Preußen das Blut ihrer Söhne für die Befreiung des Landes gegeben hätten, könnten diese nun zumindest ein „*Opfer an Silber*“ beisteuern.[79]

Den zweiten dominierenden Aspekt der Finanzfrage neben den Kriegskosten stellten die Staatsschulden des dänischen Gesamtstaates dar. Die Bestimmung des Vorfriedens, dass diese zwischen dem Königreich und den Herzogtümern zu teilen seien, löste in der Folge eine rege Diskussion über den genauen Teilungsmodus in der schleswig-holsteinischen Presse aus. Besonders die Tatsache, dass nur von einer Teilung der Passiva, nicht aber der Aktiva im Vorfrieden die Rede war, beschäftigte die Zeitungsredaktionen. Bis zum endgültigen Friedensschluss ging der allgemeine Konsens davon aus, dass die Staatsaktiva in den Präliminarartikeln lediglich vergessen worden seien.[80] Es stand für die Presse außer Zweifel, dass der gesamte Staatsbesitz, also auch „*die Colonnien, Kunstschätze, die Regalien, die Flotte, (und) die Waffen* […] *ihrem Werth nach getheilt werden*“ müssten.[81] Insbesondere bei den schleswigschen Zeitungen war das Vertrauen in die deutschen Großmächte, dass diese sich in Wien für die Interessen der Herzogtümer einsetzen würden, schier grenzenlos. Die *Schleswiger Nachrichten* gingen sogar so weit zu behaupten, dass sich die deutschen Unterhändler nicht nur für eine Teilung der Staatsaktiva, sondern auch für eine Verrechnung alter dänischer Schulden an die Herzogtümer einsetzen würden.[82] Daneben wurde aber auch der grundsätzliche Teilungsmodus in Frage gestellt. So kritisierte etwa die *Kieler Zeitung* den Umstand, dass Schleswig-Holstein sich an Ausgaben beteiligen solle, „*welche allein oder überwiegend dem dänischen Theil der Monarchie […] zu gute gekommen*“ seien. Ihrer Ansicht nach sei eine Teilung der Passiva nach dem tatsächlichen Verbrauch sinnvoller als die beabsichtigte Teilung nach der Bevölkerungszahl.[83] Die Realität sah derweil ganz anders aus. Es verwundert daher kaum, dass die abschließenden finanziellen Bestimmungen des Wiener Friedens nicht nur in Kiel äußerst negativ aufgefasst wurden. Insbesondere die Gesamtsumme der Lasten erregte den Unmut der gesamten schleswig-holsteinischen Presse. Nicht nur die Blätter Mays und Ahlmanns sahen die Kosten als unverhältnismäßig hoch an, da sie die Herzogtümer zu einem der höchst verschuldeten Staaten Europas machen würden.[84] Aber nicht nur die augustenburgisch gesinnten, sondern auch die preußenfreundlichen Zeitungen waren mit der Summe der Belastungen unzufrieden. Gleichzeitig war sich die *Flensburger Norddeutsche Zeitung* jedoch sicher, dass man zumindest bezüglich der Kriegskosten zu einer „außervertraglichen“ Einigung mit den deutschen Großmächten kommen werde: „*Wenn wir Preußen willig diejenige Stellung hier im Lande einräumen, die es* […] *fordern muß, so wird*

78 Vgl. FNDZ, Nr. 160, 19.08.1864.
79 SN, Nr. 64, 02.12.1864.
80 Vgl. FNDZ, Nr. 160, 19.08.1864.
81 KZ, Nr. 46, 17.08.1864.
82 Vgl. SN, Nr. 22, 14.08.1864.
83 KZ, Nr. 42, 12.08.1864.
84 Vgl. SHZ, Nr. 258, 16.11.1864/KZ, Nr. 46, 17.08.1864.

01 Köhler 31.01.2017 21:53 Uhr Seite 39

auch die Frage der Geldentschädigung einen anderen Charakter annehmen."[85] Abschließend lässt sich festhalten, dass sich die schleswig-holsteinischen Zeitungen nicht so sehr gegen die einzelnen finanziellen Belastungen des Landes sträubten, sondern dass die gewaltige Summe, die sich aus der Summierung aller Kostenpunkte ergab, zu einem negativen Gesamturteil führte. So konstatierten die *Schleswiger Nachrichten* schon Ende August, dass die Kriegskosten als Einzelposten sicher zu stemmen seien, eine Kombination mit weiteren Belastungen jedoch unmöglich finanziert werden könne.[86]

Fazit. Alle untersuchten Zeitungen hatten mehr oder weniger weitreichende Hoffnungen in die Verhandlungen gesetzt und waren letztendlich stark enttäuscht von den zentralen finanziellen und territorialen Bestimmungen des Friedens. Insbesondere die beiden holsteinischen Blätter hatten, von den „berechtigten" Ansprüchen des Landes ausgehend, klare Vorstellungen von dem, was den Schleswig-Holsteinern zustehen müsste: Teilung der Staatsaktiva, Einsetzung Herzog Friedrichs VIII. und nur gering veränderte Grenzlinien. Keiner dieser Wünsche fand jedoch Berücksichtigung in den Friedensdokumenten. In letzter Konsequenz war die „Befreiung vom dänischen Joch" der einzige positive Aspekt des Wiener Friedens. Der Stellenwert der „Befreiung" wurde jedoch von den verschiedenen Presseorganen höchst unterschiedlich eingeschätzt. Während die augustenburgisch gesinnten Blätter Holsteins laut über die zahlreichen ungünstigen Friedensbestimmungen klagten, waren die preußenfreundlichen Organe im nördlichen Herzogtum zwar auch unzufrieden mit den Einzelbestimmungen, aber die Freude über das Erreichte ließ ihren Unmut zweitranging werden. Für die „Befreiung" nahmen sie gerne Abstriche der rechtlichen Ansprüche des Landes in Kauf. Ähnlich unterschiedlich wie diese Wahrnehmung des Friedens war schon der Empfang ausgefallen, der den durchmarschierenden preußisch-österreichischen Soldaten in den beiden Landesteilen bereitet worden war. Denn während die Schleswiger die Truppen stürmisch als ihre Befreier begrüßten, verhielten sich die Holsteiner äußerst frostig, da sie davon ausgingen, dass die Großmächte die Herzogtümer, wie schon 1851, an Dänemark ausliefern würden.[87] Doch trotz dieses Umstandes lagen die höchst unterschiedlichen Pressestimmen wohl vor allem in den politischen Ansichten und Biographien ihrer einflussreichen Herausgeber und Redaktionsleiter begründet. So waren Johannsen und Römer entschiedene Befürworter Preußens, während Ahlmann und May dem preußischen Staat und insbesondere der gegenwärtigen Staatsführung sehr skeptisch gegenüberstanden. Ihr Vertrauen galt den Thronansprüchen des Hauses Augustenburg, welche auf so besondere Weise demokratische, legitimistische und liberale Elemente in sich vereinigten.

85 FNDZ, Nr. 298, 08.11.1864.
86 Vgl. SN, Nr. 25, 24.08.1864.
87 Vgl. Hauser (1960), S. 26.

01 Köhler 31.01.2017 21:53 Uhr Seite 40

Quellen und zeitgenössische Schriften

Flensburger Norddeutsche Zeitung
Kieler Zeitung
Schleswiger Nachrichten
Schleswig-Holsteinische Zeitung

Busch, Moritz: Die Parteien in Schleswig-Holstein, in: Preußische Jahrbücher, Bd. 15, 4. Heft. 1865, S. 413-436. [Im Vorstehenden als Busch (1865a) bezeichnet.]

Busch, Moritz: Die Presse in Schleswig-Holstein, in: Die Grenzboten. Zeitschrift für Politik und Literatur, Bd. 15. 1865, S. 46-59. [Im Vorstehenden als Busch (1865b) bezeichnet.]

Friedenspräliminarien zwischen Oesterreich und Preußen einerseits und Dänemark anderseits vom 1. Aug. 1864, in: Schulthess, H. (Hg.): Europäischer Geschichtskalender Bd. 5. Nördlingen 1865, S. 340-341.

Friedensvertrag zwischen Oesterreich und Preußen einerseits und Dänemark anderseits vom 30. Oct.1864, in: Schulthess, H. (Hg.): Europäischer Geschichtskalender Bd. 5. Nördlingen 1865, S. 341-346.

Tiedemann, Christoph von: Aus sieben Jahrzehnten. Bd. 1: Schleswig-holsteinische Erinnerungen. Leipzig, 1905.

01 Köhler 31.01.2017 21:53 Uhr Seite 41

Literatur

Bandmann, Otto: Die deutsche Presse und die Entwicklung der deutschen Frage 1864-1866. (Leipziger Historische Abhandlungen, Bd. XI). Leipzig 1910.

Christian, Karsten: Das „Oldesloer Wochenblatt“ und die Schleswig-Holsteinische Frage. Die Berichterstattung in einer holsteinischen Regionalzeitung zwischen 1839 und 1870. Berlin 2010.

Daebel, Joachim: Die Schleswig-Holstein-Bewegung in Deutschland 1863/64. Dissertation. Köln 1969.

Dussel, Konrad: Deutsche Tagespresse im 19. und 20. Jahrhundert. Münster 2004.

Haese, Ute/Prawitt-Haese, Torsten: „Dem Leser ein Halt in schwerer Zeit“. Schleswig-Holsteinische Pressegeschichte 1945-1955. Hamburg 1994.

Hagelstein, Karl-Otto: Eine an sich mittelmäßige Frage. Der deutsch-dänische Konflikt. Frankfurt a. M. [u.a.] 2012.

Hagenah, Hermann: Wilhelm Ahlmann. Das Lebensbild eines Schleswig-Holsteiners. Kiel 1930.

Hauser, Oswald: Preußische Staatsräson und nationaler Gedanke. Auf Grund unveröffentlichter Akten aus dem schleswig-holsteinischen Landesarchiv. (Quellen und Forschung zur Geschichte Schleswig-Holsteins, Bd. 42). Neumünster 1960.

Jürgensen, Kurt: Carl Freiherr von Scheel-Plessen. Seine Berufung zum ersten Oberpräsidenten von Schleswig-Holstein (1866-1879), in: Barschel, Uwe (Hg.): Festschrift für Helmut Lemke zum 70. Geburtstag. Neumünster 1977, S. 17-71.

Jürgensen, Kurt: Die „preußische Lösung“ der Schleswig-Holstein-Frage, in: Wewer, Göttrik (Hg.): Demokratie in Schleswig-Holstein. Historische Aspekte und aktuelle Fragen. (Altenholzer Schriften, Bd. 5). Opladen 1998.

Klatt, Helgo: Justizrat Joseph Johannsen. Begründer der Schleswiger Nachrichten, sein Weg und Werden als Jurist, Politiker und Journalist, seine Familie und die Entwicklung des Unternehmens, in: Beiträge zur Schleswiger Stadtgeschichte, Bd. 12. 1967, S. 49-77.

Petersen, Jens Owe: Preußen als Hoffnungsträger und „Totengräber“ des Traums von einem selbstständigen Schleswig-Holstein. Dissertation. Kiel 2000.

Philippsen, Heinrich: Denkschrift zum Eintritt der Schleswiger Nachrichten (Schleswiger Intelligenzblatt) in den 100. Jahrgang. Schleswig 1911.

Rautenberg, Heinz: Untersuchungen zur Geschichte der schleswig-holsteinischen Parteien im Winter 1864/65. (2 Teile), in: (1. Teil) ZSHG, Bd. 61. 1933, S. 378-450 und (2. Teil) ZSHG, Bd. 62. 1934, S. 213-310.

Schleswiger Nachrichten: 175 Jahre Schleswiger Nachrichten. „Unsere Zeitung hat Geburtstag.“ Schleswiger Nachrichten 1812-1987. Schleswig 1987, S. 5.

01 Köhler 31.01.2017 21:53 Uhr Seite 42

Stolz, Gerd: Das deutsch-dänische Schicksalsjahr 1864. Ereignisse und Entwicklung. Husum 2010.

Vogel, Winfried: Entscheidung 1864. Das Gefecht bei Düppel im Deutsch-Dänischen Krieg und seine Bedeutung für die Lösung der deutschen Frage. Bonn 1995.

Wolf, Dieter: Herzog Friedrich von Augustenburg – ein von Bismarck 1864 überlisteter deutscher Fürst? (Europäische Hochschulschriften, Bd. 852). Frankfurt a. M. [u.a.] 1999.

Wulf, Peter: „Erkenntnis und Belehrung durch Presse." Wilhelm Ahlmann und die Gründung der „Kieler Zeitung", in: ZSHG, Bd. 134. 2009, S. 153-191.

Wulf, Peter: „…wie der Geist Gottes über dem Wasser". Das augustenburgische Pressebüro (1863-1865), in: ZSHG, Bd. 135. 2010, S. 193-228.

Zimmermann, Harm-Peer: „…schmeiß die Preußen aus dem Land!" Die demokratische und augustenburgische Opposition in Schleswig-Holstein 1863-1881. In: Demokratische Geschichte, 1993.